P R O T O K O L L

über die 23. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 3. März 1988, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungsaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VICEBÜRGERMEISTER:
Karl Holub

Stadträte:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf PimsI
Erich Sablik
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrathner
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Erna Probst
Franz Ramoser
Franz Rohrauer
Gertrude Schreiberhuber

Franz Steinparzer
Franz Straßer
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto TremI
Anton Vorhauer
Christine Wieser
Wolfgang Wieser
Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR.
Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
Kontrollamtsdirektor SR. Dr.
Peter Gottlieb-Zimmermann
MR. Dr. Kurt Schmidl
Techn.Direktor TOAR Ing.Wolfgang Wein
OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR. Dr.Gerhard Alphasamer
Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt.

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

GHJ2-6959/87	Erweiterung der Landesmusikschule Steyr; Adaptierung von Räumlichkeiten in der Schule Promenade und im Alten Stadttheater.
GHJ2-7586/87 GHJ1-807/88	Stadtsaal Steyr, Volksstraße 5; Heizungsrohrbruch. Ankauf eines Kopiergerätes für die Volksschulen 1 und 2 Tabor.
Agrar-4961/85 Erlaß Bau3-941/86	Räumung und Sanierung des Gleinker- bzw. Dornacherbaches; Mittelfreigabe. Verlegung der Winklinger Straße; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 30. 10. 1986.
Bau6-6755/86	Verbesserungsmaßnahmen Kanalisation Haratzmüllerstraße; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 5. 3. 1987 und des StS-Beschlusses vom 7. 5. 1987.
FW-497/88	Taggelder und Mannschaftsgebühr für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.
GHJ1-699/88	Ankauf eines tragbaren, schnurlosen Telefons für die Stadtgärtnerei.
Wi-1069/88	Förderndes Mitglied der Verbändegemeinschaft Pyhrn-Eisenwurzten; Mitgliedsbeitrag 1987/88.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) K-6155/78 Städt. Zentralbücherei; Erhöhung der Vorbestell- und Mahngebühren.
- 2) Sport-6370/87 Sportanlage Rennbahn; Tarifordnung.
- 3) K-7095/80 Museum der industriellen Arbeitswelt; Subventionsgewährung für den laufenden Betrieb 1988.
- 4) K-7095/80 Verein Museum Arbeitswelt - Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt; Gewährung einer Subvention.

- 5) Präs-486/78 BMW-Steyr-Motorenwerk; Förderung der II. Ausbaustufe.
- 6) Ha-590/88 SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- 7) Ha-5872/87 Ruderverein Steyr 1888; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 8) Buch-7100/87 Deckung des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes durch Entnahme aus Rücklagen.
- 9) Ha-601/88 Aufnahme eines Kommunaldarlehens bei der Volkskreditbank Steyr.
- 10) Ha-1208/88 Abschluß eines Darlehensvertrages mit der Volkskreditbank Steyr.
- 11) ÖAG-3791/85 Fa. Ewald Kraml GesmbH, Steyr; Gewerbeförderung - 2. Rate.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

- 12) Ha-384/88 Fremdenverkehrsverband Steyr; Jahressubvention 1988.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 13) Bau5-3981/86 Umbau Zentralaltersheim; Mittelfreigabe 1988; Ergänzung der GR-Beschlüsse vom 24. 9. 1987 und des StS-Beschlusses vom 22. 10. 1987.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 14) Bau6-6613/86 Kanalisation NS 5, 6, 7, 8 Steyr-Weinzierl; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 12. 5. 1987 und des StS-Beschlusses vom 10. 9. 1987.
- 15) Bau6-2370/87 Kanalisation Reichenschwall-Pyrach - NS Stelzhamerstraße, NK Sarninggasse; Mittelfreigabe 1988; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 24. 9. 1987.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 16) ÖAG-707/88 Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn Verlustersatz 1987 - Akontozahlung.
- 17) ÖAG-2086/84 Stadtwerke Steyr - Brunnenschutzgebiet; Refundierung von Ausgaben für 1987.
- 18) ÖAG-946/88 Stadtwerke Steyr - Gas- und Wasserwerk; Jahresbedarf 1988 an Sphärogußrohren und Formstücken.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 19) ÖAG-6111/83 Hans Peter Wögerer, Steyr, Stornierung des Kaufvertrages vom 12. 7. 1984 - Wiederkaufsrecht.
- 20) GHJ2-5241/87 Gemeindeeigenes Objekt Karl Marx-Straße 2; Instandsetzungsarbeiten.
- 21) GHJ2-5242/87 Gemeindeeigenes Objekt Schubertstraße 3; Instandsetzungsarbeiten.
- 22) Bau3-1013/83 Übernahme der Klingschmiedgasse und Kühberggasse in das öffentliche Gut.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die Sitzung des Gemeinderates und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß den Statuten entsprechend einberufen wurde. Ich bitte die Herren Gemeinderäte Ing. Günther Mayrhofer und Karl Hochrath, für die heutige Sitzung die Protokollprüfung zu übernehmen.

Beide Herren sind damit einverstanden.

Ich möchte bekanntgeben, daß für die heutige Sitzung entschuldigt sind die Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger, Stadtrat Schloßgangl, Gemeinderat Schlager, Eichhübl, Brandstötter, Wallner und Spöck. Es ist eine verhältnismäßig große Entschuldigungsliste, zum Teil wegen Urlaub, aber zum überwiegenden Teil aus gesundheitlichen Gründen bzw. wegen Krankheit. Die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates ist aber trotzdem gegeben. Ein kurzer technischer Hinweis. Ich darf die Berichterstatter bitten, das Rednerpult von der Seite zu betreten, wo das Kabel nicht verlegt ist, damit nichts passiert.

Meine Damen und Herren, zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich mitteilen, daß solche nicht vorliegen. Dieser Punkt ist damit erledigt.

Betreffend die Mitteilungen des Bürgermeisters möchte ich Ihnen einige aktuelle Themen zur Kenntnis bringen.

Nach den jüngsten Mitteilungen des Arbeitsamtes Steyr sind 3.166 Personen arbeitslos gemeldet. Hievon sind 2.041 Männer und 1.125 Frauen. Aus einem Vergleich mit dem Vorjahr ergibt sich eine Steigerung um 136. Die Arbeitslosenrate beträgt 8,4 %. Die Stellenandrangsziffer beträgt 13,8, so daß fast 14 Interessenten auf eine freie Stelle entfallen. In der Bauwirtschaft wurden trotz der günstigen Wetterlage heuer annähernd gleich viele Arbeiter wie im Vorjahr freigestellt. Der Grund dafür ist sicher im System selbst zu suchen, da in der Regel bereits anlässlich der Bauausschreibung fixe Termine vorgegeben werden. Ein kurzfristiges Reagieren auf außergewöhnliche Umstände, wie sie heuer vorliegen, ist dann aus kalkulatorischen Gründen zumeist nicht mehr möglich.

In der Metallwirtschaft ist die Situation nach wie vor unverändert und damit sehr angespannt. Eine Besserung der Lage ist weit und breit nicht abzusehen. Besonders betrüblich ist der Umstand, daß ein bisher als absolut krisensicher geltender Metallbetrieb, nämlich die GFM, ebenfalls gezwungen war, 50 Leute im Wege des Frühwarnsystems beim Arbeitsamt zur Kündigung anzumelden. Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt ist ebenfalls sehr angespannt. Die Zahl der beim Arbeitsamt vorgemerkten Lehrstellensuchenden ist um 50 Jugendliche angestiegen. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß die Steyr-Daimler-Puch AG trotz der angespannten Wirtschaftslage bereit ist, 99 Lehrstellen anzubieten.

Ich darf Ihnen weiters mitteilen, daß zur Aktivität im Zusammenhang mit unseren Wünschen und Forderungen bezüglich der Umlegung der Westbahn bisher keine Neuigkeiten bekannt geworden sind. Ich darf aber sagen, daß es erfreulich war, daß Bundeskanzler Dr. Vranitzky die gemeinsame Vorsprache positiv aufgenommen hat und überdies seine persönliche Verwendung bei der näheren Prüfung der Angelegenheit zugesichert hat.

Ich darf weiters berichten, daß seitens des Magistrates kürzlich sowohl an Landes- als auch Bundespolitiker Einladungen zu einem Besuch von Steyr erfolgten. Es handelt sich dabei um Landesrat Dr. Josef Pühringer, den Nachfolger von Landesrat Kukacka. Wir wollen die bisherige Übung beibehalten, in regelmäßigen Abständen mit den ressortzuständigen Mitgliedern der Landesregierung an Ort und Stelle die anstehenden Probleme zu erörtern. Mit dem neuen Landesrat sollen insbesondere Straßen- und Kanalbauvorhaben sowie Umweltprobleme besprochen werden. Desgleichen sollen die beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten erhobenen Anträge auf Förderung nach der Stadtemeuerungsverordnung in die Besprechung miteinbezogen werden, zumal auch auf diesem Verwaltungsgebiet es zumindest teilweise zu einer Verländerung kommen soll.

Außerdem wurde Frau Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport Hilde Hawlicek eingeladen. Die Stadt Steyr hat unbeschadet gesetzlicher Verpflichtungen auf freiwilliger Basis für die Errichtung und den Betrieb höherer Bundesdenschulen beträchtliche finanzielle Mittel erbracht. Es scheint eine Information des Ministeriums der Frau Minister hier sinnvoll, um die weitere Unterstützung gewähren zu können.

Im Zusammenhang mit Grunderwerb für Wohnbau sowie Gewerbe- und Industrieansiedlungen möchte ich mitteilen, daß in diesem Zusammenhang Verhandlungen mit der Steyr-Daimler-Puch AG in Schweben sind. Bezüglich des Areals der ehemaligen Reithoffergründe stellt sich immer mehr heraus, daß Teile dieses Geländes vorwiegend für Wohnbauzwecke geeignet sind. Voraussetzung für einen Erwerb durch die GWG der Stadt Steyr bzw. in Kooperation mit anderen Wohnbauträgern wäre der Umstand, daß die Steyr-Daimler-Puch AG vorhandene Bestandsrechte vorher auflöst. Für Gewerbe- und Industrieansiedlungen wäre grundsätzlich das Gelände neben dem Gußwerk in Richtung Niederösterreich geeignet. Hier ist aber von vornherein für die Aufschließung mit besonders hohen Kosten zu rechnen. Das Bestreben der Stadt liegt deshalb darin, sich anwartschaftlich das Zugriffsrecht auf bestimmte Grundflächen für eine bestimmte Zeit zu sichern. Hier hat diesbezüglich heute ein erstes Gespräch mit dem Herrn Direktor Seilinger stattgefunden.

Soweit meine Mitteilungen. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wir kommen damit zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS. Hier darf ich wie immer mitteilen, daß die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung ist dieser Einladung beigegeben.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und ich bitte Kollegen Holub um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz für die Berichterstattung des Herrn Bürgermeisters und bitte ihn, diese vorzunehmen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im ersten Antrag darf ich Sie bitten um eine Beschlußfassung zur Regulierung bzw. Erhöhung der Vorbestell- und Mahngebühren in der städt. Zentralbücherei. Dazu darf ich einleitend sagen, daß mit Beschluß des Stadtsenates vom 30. Juni 1983 die Gebühren für die städtische Zentralbücherei neu festgelegt wurden. In der Gebührenordnung ist auch eine Vorbestellgebühr vorgesehen, die immer dann zur Anwendung kommt, wenn sich ein Leser für ein gerade entlehntes Buch vormerken läßt. Es zeigt sich nun in der letzten Zeit, daß immer mehr Leser von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Mit der administrativen Abwicklung dieser Dienstleistung ist aber nicht nur ein erheblicher Arbeitsaufwand, sondern sind auch wesentliche Mehrkosten verbunden, weil ja jeder Leser vom Vorhandensein des Buches, wenn es hier ist, schriftlich verständigt wird. Es erscheint gerechtfertigt, dem Leser die Vorbestellgebühr und auch die Postgebühr aufzulasten und ich bitte Sie, folgenden Antrag zu beschließen:

1) K-6155/78

Städt. Zentralbücherei; Erhöhung
der Vorbestell- und Mahngebühren.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 22. 12. 1987 wird die mit Stadtsenatsbeschuß vom 30. 6. 1983 erlassene Leseordnung für die Zentralbücherei der Stadt Steyr wie folgt geändert:

Die unter Punkt 3 a) angeführte Vorbestellgebühr für Erwachsene wird von S 2,-

auf S 6,- und die unter Punkt 3 b) angeführte Vorbestellgebühr für Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, Lehrlinge, Studenten, Präsenzdienler sowie sozial Bedürftige von S 1,- auf S 5,- erhöht. Die im Punkt 3 c) festgesetzten Mahngebühren werden nunmehr pro Buch berechnet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, des Stadtsenates, werter Herr Bürgermeister!

Ich möchte nur ganz kurz eingehen auf die neue Leseordnung, die wir hier zu beschließen haben. Nach dieser Leseordnung, Absatz 2, ist für die Aufnahme in die Bücherei ein Meldezettel vorgeschrieben. Es ist äußerst schwierig, und ich habe mir selbst ein Buch entliehen, wenn man in die Bücherei kommt und sich ein Buch holen will, einen Personalausweis mit hat, einen Dienstausweis mit hat, ja sogar einen Führerschein mit hat und dann bekommt man zur Antwort: Nein, mit diesen Personaldokumenten bekommen Sie bei uns kein Buch, Sie brauchen einen Meldezettel. Es gibt sehr wenige Bürger in Steyr, die ständig mit sich einen Meldezettel mitführen, es gibt jedoch sehr viele Bürger, die einen Führerschein mit sich haben. Ich frage Sie nun, ist es unbedingt notwendig, einen Meldezettel zu verlangen, wenn doch jeder weiß, daß das eine erhebliche Belastung für jeden Bürger der Stadt Steyr sein wird, immer daran zu denken, wenn ich in die Bücherei gehe und mir ein Buch entleihen will, muß ich mir zuerst den Meldezettel einstecken. Ich habe mich auch erkundigt bei anderen Büchereien, wie es dort gemacht wird, Hier konnte ich feststellen, daß ich mit einem Führerschein oder einem anderen Personaldokument ein Buch ohne weiteres bekommen kann. Auf die Frage von mir in der Bücherei, warum man in dieser neuen Leseordnung einen Meldezettel vorsieht, wurde mir geantwortet, es gibt doch so viele Leute, die die Adresse ändern, die dann verziehen oder wo eben auf dem Führerschein, dem Paß oder Personalausweis die Adresse nicht vorhanden ist. Somit könnte man diese entliehenen Bücher dann nicht mehr zurückfordern, weil man ja keine sichere Adressangabe von den jeweiligen Personen bekommen hat. Es ist einfach unrichtig, daß man mit einem Meldezettel genau dann die Möglichkeit bekommt, so eine Adresse sicher zu bekommen. Eine Adresse, wo sich der Bürger dann aufhält. Die Schwierigkeit liegt anscheinend darin, daß die Personen, die Bücher dann nicht mehr zu diesem Abgabetermin von vier Wochen ordnungsgemäß abführen und die Bücherei muß dann beginnen, diese Bücher zurückzuholen. Ich glaube, da gibt es eigene Leute dafür, die dann versuchen, an Ort und Stelle diese Bücher wieder zurückzubekommen. Es gibt einfach keine Garantie, wenn ich jetzt den Meldezettel habe, daß auch die Adresse stimmt. Darum ist für mich als Bürger der Stadt Steyr ein Meldezettel eine Form der Bürokratie, weniger Möglichkeiten für den Leser, den willigen Leser zu schaffen. Es müßte doch genügen, mit einem einfachen Dokument ein Buch zu entleihen. Die Handelskammer in Linz verleiht z. B. auch Bücher. Dort geht man sehr unbürokratisch vor, außerdem bekommt man dort die Bücher zum Nulltarif. Eine Frage, die ich hier in den Raum stellen möchte, warum werden hier Gelder für die Entleihung von Büchern eingehoben, ist es ein so großer Geldbetrag, der sich auch am Ende des Jahres zu den Personalkosten hinzugezählt entscheidend darstellt? Wäre es nicht besser zu versuchen, Bücher zum Nulltarif zu verleihen mit weniger Bürokratie und dadurch mehr Leute zum Lesen anzuregen? Jede neue Möglichkeit, Leute zum Lesen anregen zu können, finde ich ausgesprochen gut. Man sollte versuchen, genau in diese Richtung zu arbeiten und nicht in die entgegengesetzte, nämlich mehr Bürokratie und vor allem mehr Geld einzu-

holen von diesen Leuten, die lesewillig sind. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Redner hat ausgesprochen. Mit dem Bemerkten, daß der hier angezogene Punkt 2) an sich nicht abgeändert werden soll, sondern daß sich die Änderungen nur auf Punkt 3) beziehen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Punkt 2)!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sie haben zu Punkt 2) gesprochen, die Änderungen, die jetzt beantragt werden, beziehen sich nur auf Punkt 3). Mit dem Bemerkten frage ich, wer wünscht noch dazu zu sprechen?

Kollege Klausberger bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Leseordnung ist neu in Punkt 2).

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Es ist manchmal nicht ganz einfach, vom Vorsitz aus zu ersuchen, man möge den Antrag lesen im zweiten Absatz.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das mit dem Meldezettel ist neu.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Im zweiten Absatz steht: Die unter Punkt 3 a) angeführte Vorbestellgebühr ... usw. Das ist die Änderung. Es heißt nämlich im ersten Absatz: Die Leseordnung wird wie folgt geändert. Das war mein Bemerkten dazu und ich bitte jetzt, den Kommentar zu meinem Bemerkten einzustellen und frage nochmals, wer wünscht zu dem Tagesordnungspunkt noch zu sprechen?

Kollege Klausberger bitte.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, lieber Herr Kollege Ramoser. Wenn wir mit Freude hier vernehmen dürfen, daß Du unter die Leser gegangen bist, andere Mitglieder des Gemeinderates sind es sicherlich schon seit Jahrzehnten, so sei mir zu diesem freudigen Ereignis doch eine wirklich kritische Anmerkung gestattet. Ich bin nicht erst heute unter die Autofahrer gegangen, sondern schon seit einiger Zeit. Gerade Dir als Polizist müßte auch bekannt sein, daß man bei der Anmeldung eines Pkw's z. B. auch einen Meldezettel braucht. Das ist mir gerade wiederfahren vor einigen Wochen. Der Meldezettel ist, glaube ich, nicht die ärgste Schikane, die man einem Steyrer Gemeindegänger auferlegen kann. Das geschieht bei allen Ämtern, auch bei jenem Amt, wo Du sehr genau informiert und zuständig bist, nämlich bei der Bundespolizeidirektion Steyr, daß man einen Meldezettel vorzuweisen hat. Ich glaube, wir brauchen uns nicht des Langen und des Breiten über die Sinnhaftigkeit von Meldezetteln unterhalten. Ich meine, als verantwortungsbewußte Gemeindefunktionäre müssen wir uns einfach darüber klar sein, daß nicht anonym die Bücher der Bibliothek ausgegeben werden sollen. Auf einem Führerschein steht meines Wissens, zumindest auf meinem nicht, keine Anschrift vermerkt und wie sollen die Mitarbeiter unserer Bücherei wissen, wer, wann, wo sich ein Buch ausgeborgt hat, wenn man sich nicht an gewisse Richtlinien hält. Ich würde daher meinen,

daß wir die Tatsache akzeptieren, daß es natürlich mit gewissen Richtlinien abgehen muß, wenn man sich ein Buch entlehnt und daß die in einer Leseordnung festgehalten werden, ist logisch. Wenn das eine Schikane ist, dann weiß ich nicht, was Du unter Bürokratie verstehst. Ich würde vorschlagen, wir unterhalten uns privat über dieses Thema und setzen diese Meinungsverschiedenheit woanders fort. Hier in der Gemeindestube tut es, glaube ich, nur gut zu wissen, daß auch der Vertreter der Grün-Alternativen-Liste unter die Leser gegangen ist. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Auch dieser Redner hat ausgesprochen. Wünscht sonst noch jemand zum Tagesordnungspunkt Abänderung der Leseordnung zu sprechen? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, so leicht und billig soll man es sich nicht machen. Wenn Kollege Ramoser hier Bedenken hat, er hat das dort geprüft, er ist hingegangen, das hat allerdings, möchte ich sagen, mit dieser Beantragung nichts zu tun. Er ist hingegangen, hat sich das angeschaut und es ist ein bißchen umständlich und bürokratisch, das möchte ich schon sagen, weil mit dem Meldezettel allein mit dem kann er ja auch nicht den Nachweis 100 prozentig erbringen. Man kann ja einen falschen Meldezettel hingeben. Vielleicht kann man das - das soll als Anregung dienen - in einem zuständigen Ausschuß vorbringen und sich damit beschäftigen. Aber das gilt es jetzt nicht abzuändern, sondern bei diesem Antrag geht es um die Erhöhung der Vorbestell- und der Mahngebühr.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für diese Bemerkung. Gibt es sonst noch einen Diskussionswunsch? Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist dies das erste Mal daß eine Kritik in dieser Form angebracht wird hier im Gemeinderat. Ich darf die Leseordnung aus dem Jahre 1983, den Absatz 2, wörtlich zitieren: Für die Aufnahme ist grundsätzlich persönliches Erscheinen erforderlich. Für die Einschreibung bzw. Anmeldung ist ein amtlicher Adreßnachweis (Meldezettel) mitzubringen. Das ist nicht neu, sondern war bereits in der Leseordnung 1979 enthalten und es ist diesbezüglich nie Kritik geübt worden. Der Grund, daß ein Meldezettel vorgeschrieben wird, liegt darin, weil man eben umfangreiche Erhebungen vermeiden will. Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, daß trotzdem etwas passiert, das möchte ich gar nicht bestreiten. Aber als bester Nachweis für den Wohnsitz ist zweifellos der Meldezettel am besten geeignet. Ich bin durchaus bereit, darüber zu diskutieren, aber es geht nicht darum, sondern es geht darum, daß eine Gebührenänderung hier vorgeschrieben wird und ich bitte, diese zu beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der beantragten Änderung einverstanden ist, den bitte ich ein Zeichen mit der Hand zu geben? Keine Gegenstimme. Gegenprobe? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich bitte um den nächsten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, eine Tarifordnung für die Sportanlage Rennbahn zu beschließen. Wie Sie wissen, ist dem Referat für Schule und Sport die Vergabe und die Verwaltung der Sportanlage Rennbahn übertragen. Es ist notwendig, um das Recht des Vorsteuerabzuges nicht zu verlieren, ähnlich wie beim

Stadtsaal oder der Sporthalle Tabor, von den Benützern eine entsprechende Gebühr einzuheben. Ich glaube, ich kann mir ersparen, auf die einzelnen Gebühren- und Tarifposten hier einzugehen. Ich bitte Sie, folgenden Antrag zu beschließen:

2) Sport-6370/87

Sportanlage Rennbahn; Tarifordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 19. 1. 1988 wird die in der Anlage beigeschlossene Tarifordnung für die Sportanlage Rennbahn genehmigt.

Die Kundmachung dieser Tarifordnung hat durch Anschlag an der Amtstafel zu erfolgen. (BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Wünscht jemand Stimmenthaltung auszuüben? Das ist nicht der Fall, somit einstimmig angenommen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um eine Subventionsgewährung für das Museum der industriellen Arbeitswelt. Ich darf darauf hinweisen, daß im Mittelpunkt des Museums Arbeitswelt, das im Jahr 1987 als oberösterreichische Landesausstellung mit einem sehr guten Besucherzustrom gekennzeichnet war und geführt wurde, der in der Industrie tätige Mensch ist. Ich glaube, ich brauche mich nicht verbreitern über die Darstellung dieses Museums. Ich darf nur anführen, daß zur Finanzierung dieses Vorhabens neben dem Land Oberösterreich auch der Bund und die Stadt Steyr entsprechende Unterstützungen leisten. So hat im heurigen Jahr neben dem Gemeindereferat des Amtes der Oö. Landesregierung, das eine zusätzliche Bedarfszuweisung in Höhe von 1 Million Schilling für die Errichtung dieses Museums flüssig gemacht hat, auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten die zweite Rate einer zugesagten Förderung von insgesamt 3,6 Millionen Schilling in Höhe von 1,8 Millionen Schilling freigemacht. Diese Unterstützungszahlung ist aufgrund der Tatsache, daß derartige Subventionen nur an Gebietskörperschaften gewährt werden können, nicht direkt dem Verein Museum Arbeitswelt, sondern der Stadt Steyr - wir sind ja Mitglied dieses Vereines - mit der Auflage gewährt, daß diese Förderungsmittel unverzüglich an den Verein weiterzuleiten sind. Diese Subvention ist also praktisch eine Durchlaufpost.

Der Antrag lautet:

3) K-7095/80

Museum der industriellen Arbeitswelt; Subventionsgewährung für den laufenden Betrieb 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 11. Februar 1988 wird dem Verein Museum Arbeitswelt zur Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt im Steyrer Wehrgraben eine Subvention in Höhe von S 1,8 Millionen gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1.800.000,-- (eine Million achthunderttausend)

bei der VSt 5/3600/777090.5 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Bedarfszuweisungen des Bundes zu erfolgen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen den Antrag, bitte um ein Zeichen mit der Hand? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch im nächsten Antrag geht es um eine Subvention für den Verein Museum Arbeitswelt. Es soll zur Führung dieses Museums seitens der Stadt Steyr ein Betrag von S 500.000,- gewährt werden. Ich darf darauf hinweisen, daß auch für die Führung des Museums vom Land Oberösterreich, vom Bund, laufend Zuschüsse gewährt werden. Auch die Stadt Steyr, die zweifellos auch irgendwo ein Nutznießer dieser Einrichtung ist, kann sich einem solchen Ansinnen nicht verschließen. Ich bitte Sie um Beschlußfassung und folgendem Antrag die Zustimmung zu geben:

4) K-7095/80

Verein Museum Arbeitswelt - Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt; Gewährung einer Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. 1. 1988 wird dem Verein Museum Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 1 - 7, 4400 Steyr, für den laufenden Betrieb 1988 des Museums der industriellen Arbeitswelt eine Subvention in Höhe von S 500.000,- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 500.000,- (fünfhunderttausend)

werden bei VSt 1/3600/757200.3 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Antrag steht zur Diskussion. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. So bitte ich diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die dem zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand? Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Nicht der Fall, einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, einer Förderungsrate für die zweite Ausbaustufe, und zwar von 1.000 auf 1.800 Arbeitsplätze des BMW-Motorenwerkes Steyr die Zustimmung zu geben. Der Gemeinderat unserer Stadt hat bereits im vergangenen Jahr die erste Rate genehmigt und ich glaube, ich kann mir ersparen, die Details des Förderungsvertrages hier anzuführen, glaube aber sagen zu dürfen, daß dieser Förderungsvorschlag, der hier vorliegt, für unsere Stadt zweifellos ein günstiges Angebot ist, weil wir als Stadt für diese zweite Ausbaustufe wohl einen Betrag von insgesamt 34 Millionen leisten, die echten Barleistungen aber sich auf 5 Millionen Schilling beschränken. Diese 5 Millionen sollen in zwei Raten gewährt werden, und zwar von je 2,5 Millionen Schilling. Hier darf ich darauf hinweisen, daß wir uns erkundigt haben, es sind derzeit beim BMW-Motorenwerk 1.817 Mitarbeiter beschäftigt. Ich darf auch darauf hinweisen, weil das auch immer ein Punkt der Diskussion ist, daß davon 258 Angestellte und 403 Arbeiter ihren Wohnsitz in Steyr haben. Es sind insgesamt 661 in Steyr wohnhaft, das ist eine Quote von 37 Prozent. Hier darf ich darauf hinweisen, daß wir in unserem Vertrag den Passus haben, daß 60 Prozent der Mitarbeiter Steyrer sein sollen. Es hat ja im vergangenen Jahr im Gemeinderat anläßlich dieser Beschlußfassung eine Diskussion darüber gegeben. BMW hat aber hier nachgewiesen, daß es nicht möglich ist, diese Quote einzuhalten. Der Gemeinderat war deshalb auch im letzten Jahr der Ansicht, daß man die Subventionierung, die Förderung, gewähren soll.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß von den Vormerkungen, die bei BMW vorlie-

gen, 30 Prozent sich auf Steyrer belaufen, 70 Prozent der Vormerkungen sind von Auswärtigen. Wenn man das vergleicht mit 37 Prozent der Beschäftigten, dann liegt der Schluß nahe, das bestätigt das, was uns BMW immer wieder zusichert, daß Steyrern bei der Einstellung bei Gleichwertigkeit der Vorzug gegeben wird. Ich bitte Sie, folgenden Antrag die Zustimmung zu geben:

5) Präs-486/78
BMW-Steyr-Motorenwerk; Förderung
der II. Ausbaustufe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 2. Februar 1988 wird der BMW-Motoren-GesmbH Steyr in Entsprechung des Punktes 3 des Gemeinderatsbeschlusses vom 14. 4. 1983 über die Förderung der II. Ausbaustufe des BMW-Motorenwerkes eine Barsubvention in Höhe von S 2,5 Millionen gewährt.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 2,500.000,-- (zwei Millionen fünfhunderttausend) werden bei der VSt 5/7820/776020.3 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Antrag steht zur Diskussion. Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte nur noch ganz kurz zu Kollegen Klausberger sagen, Deine ironischen Einwände gegen meinen Vortrag finde ich sehr bedenklich. Ich denke mir halt, es ist ein Teil von Dir, was Du da von dir gibst, und ich bin erschüttert darüber.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Ironie ist ein Stilmittel und zahlreiche Bücher in der Stadtbücherei sind davon voll.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich glaube schon, daß Deine Ironie durchaus in der Bücherei vertreten ist. Das habe ich nicht abgestritten.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Bitte sind Sie so lieb und sprechen Sie zur Sache.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Als die letzten 2,5 Millionen Schilling hier im Gemeinderat beschlossen wurden, die BMW zugeführt wurden, habe ich mich auch zu Wort gemeldet und unter anderem gefragt, warum können die Kleinparteien, in dem Fall vielleicht nur die GAL, diesen Vertrag nicht einsehen, den die Stadtgemeinde mit BMW abgeschlossen hat? Die kurze Antwort des Bürgermeisters lautete: Sie können ja in den Protokollen nachlesen. Für mich sind Protokolle nicht Verträge. In Protokollen kann man höchstens Teile von Verträgen herauslesen. Darum auch immer unsere sehr kritische Einstellung gegen Verträge, die wir nicht kennen oder die wir nur zum Teil zu Gesicht bekommen, weil es einfach nicht möglich ist.

BMW hat natürlich 1.817 Arbeitsplätze in Steyr geschaffen, das ist sehr viel. Ich kann mich auch nicht dagegen verwehren, daß man sagt, bei so vielen Arbeitsplätzen muß man auch eine Gegenleistung bringen. Nur wie das genau in Steyr ausschaut, ich möchte nochmals verlesen diesen Förderungsbeitrag, der zur Aufstockung der Arbeiter von 1.000 auf 1.800 bis jetzt gewährt wurde. Hier steht: Rückvergütung der Lohnsummensteuer für zwei Jahre nach dem ersten vollen Betriebsjahr. Das heißt Projektvollendung 1986, Berechnungsjahr 1987, zahlbar 1988 und 1989. Aus diesem Titel ist eine Förderung von mindestens 16 Millionen, aufgeteilt auf zwei Jahre, zu erwarten. Zu dieser Vereinbarung ist anzumerken, daß die Stadt

aufgrund ihrer derzeitigen äußerst angespannten budgetären Lage versuchen wird, diese Förderungszusage dahingehend abzuändern, daß im heurigen und im nächsten Jahr nicht der volle Lohnsummensteuerbetrag an die BMW-Motoren-GesmbH rückvergütet werden muß. Wir besitzen nicht das Geld, wir haben das Geld nicht flüssig, damit wir das rückvergüten können. 2. Die Stadt verpflichtet sich, bei Erfüllung des Erweiterungsprojektes auf 1.800 Mitarbeiter die Gebühren für Wasserleitung und Kanalanschluß in der Höhe von 13 Millionen Schilling zu erlassen. Nach Beendigung der letzten Ratenzahlung für das Basisprojekt im Jahre 1985 sagte die Stadt Steyr für die Jahre 86 und 87 eine weitere Barsubvention von je 2,5 Millionen Schilling, somit insgesamt 5 Millionen Schilling, zu. Dieser zweite Teilbetrag wird heute beschlossen und an BMW weitergeleitet. Vierter Punkt. Die Stadt Steyr bindet ihre Förderungszusage an die Bereitschaft von BMW, den Anteil der Mitarbeiter, die ihren ordentlichen Wohnsitz in Steyr haben, auf mindestens 60 Prozent zu erhöhen. Der Herr Bürgermeister hat bereits angeführt, daß wir momentan bei 37 Prozent sind, also es fehlen uns noch 23 Prozent, damit BMW diese Forderung erfüllen kann.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns schon so teure Arbeitsplätze leisten können, dann müßte die Stadt Steyr zumindestens zwei Drittel davon erfüllen. Aber 37 Prozent, das sind gut die Hälfte. Das zweite große Problem, das sich hier ergeben wird, ist, wie den meisten bekannt, daß dieser Betrieb ein deutscher Betrieb ist und dieses Betriebsareal in deutscher Hand ist. Man kann z. B. eine für mich ganz gravierende Sache hier anführen. Die Leute, die dort Portiertätigkeiten ausüben, werden nach dem Deutschen Bürgerlichen Gesetz geschult, nicht nach dem österreichischen, sondern nach dem deutschen. Das ist für mich eine ganz wesentliche Frage. Wenn man jetzt noch beginnt, das aufzuzählen, was deutsche Betriebe, die in anderen Orten schon länger in Österreich sind, machen, so bin ich erschüttert darüber, daß wir so viel Geld diesem deutschen Betrieb geben. Ich zitiere: Philips will die Produktion aus Österreich abziehen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Aber das ist kein deutscher Betrieb, sondern ein holländischer.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das ist ein belgischer Betrieb, aber immerhin ein ausländischer. Herr Kollege Zagler, Sie haben vollkommen recht. Es ist vollkommen richtig, wenn Sie sagen, es ist ein holländischer Betrieb. Im Prinzip ist es aber ein ausländischer und sie werden wahrscheinlich auch keine Unterschiede machen zwischen einem deutschen und einem belgischen oder holländischen Betrieb, wenn es um einen ausländischen Betrieb in Österreich geht. Für Sie ist es wahrscheinlich eine wichtige Sache.

Ich möchte hier weiter zitieren. Die Kostenentwicklung bei diesem Betrieb verläuft ungünstiger als in anderen europäischen Staaten und darum versucht man, in einen Staat auszuweichen, der bessere und billigere Produktionsmittel vorsieht.

Meine Damen und Herren, das gleiche kann auch hier in Steyr passieren. Es ist nicht so ausgeschlossen, daß BMW, wenn diese Förderungen, diese Geldzuwendungen von der Gemeinde, vom Land, vom Bund abgeschlossen sind, daß dieser Betrieb in kürzester Zeit sagen kann, meine Herren, es ist hier zu teuer zu produzieren, wir gehen in ein Schwellenland oder in ein billigeres EG-Land. Es gibt genug Länder davon. Ich will hier nur Spanien anführen, wo weitaus billiger produziert werden kann als in Österreich. Das Argument, diese Länder besitzen noch nicht die Facharbeiter oder die Fachkräfte, die solche Finalproduktionen brauchen, ist bis heute nicht ganz richtig formuliert worden. Denn auch Spanien und Griechenland sind bereits in der Lage, solche Leuten den Betrieben anzubieten.

Ein anderer Artikel - ich zitiere hier ebenfalls - ausländische Betriebe werden künftig selektiver gefördert. Man versucht bereits, hier neue Wege der

Förderungen aufzumachen. Wenn man z. B. hier weiterliest. Als negativ werden hingegen die nur bescheidenen Einkäufe in Österreich, die sehr geringe Kooperation mit heimischen Betrieben und Forschungseinrichtungen und das weitgehende Fehlen des Technologietransfers zur inländischen Wirtschaft durch Unternehmensneugründungen genannt. Die Hälfte der Firmen forscht nicht selbst, ist also verlängerte Werkbank. Insgesamt überwiegen jedoch den Vorteilen der ausländischen Betriebe deren Nachteile. Hier wird nochmals ganz sachlich angeführt, es gibt noch Vorteile. Die Frage ist nur, wie lange sind die Vorteile noch größer als die Nachteile? Von den rund 570.000 Industriebeschäftigten arbeiten rund 150.000 in ausländisch kontrollierten Unternehmen, vor allem in der Metall-, Fahrzeug, Elektro- und Chemieindustrie.

Ich glaube, meine Damen und Herren, hier müßte man überlegen, ob diese gezielte Förderung wirklich sinnvoll war. Wäre es nicht besser gewesen, diese Förderung auf Betriebe aufzuteilen, die in Steyr ansässig sind, die Steyrer Betriebe sind, also österreichische Betriebe. Wenn man jetzt die Wirtschaft auf Stellen stellt, die mit vier, fünf sehr gebrechlich sind, so kann es durchaus passieren, daß das gleiche eintritt, was jetzt mit den Steyr-Werken passiert, daß ein Großunternehmen Schwierigkeiten bekommt und dann eine ganze Stadt mitleidet. Wäre es nicht besser, hier die Wirtschaft so zu fördern, daß sie auf sehr vielen Füßen steht und dadurch nicht so krisenanfällig ist, wie jetzt Steyr ist.

Ich möchte nochmals einen Zeitungsausschnitt zitieren, wo geschrieben wird, Industriebetrieb verläßt Steyr, Reflexa baut in St. Ulrich. In den letzten Jahren sind unter anderem die Firmen Agre, Riha, Storebest und jetzt Reflexa von Steyr abgewandert und haben in den Randgemeinden neue Betriebe gegründet.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Das sind aber keine ausländischen Unternehmungen, das möchte ich feststellen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Habe ich das gesagt, Herr Zagler? Sie horchen scheinbar nicht zu.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich möchte ersuchen, keine Dialoge zu halten. Es heißt zwar Wechselrede, aber bitte einer nach dem anderen und nicht beide gleichzeitig.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Wenn man jetzt diese Arbeitsplätze aufrechnet, die Steyr verloren hat, indem Betriebe von Steyr abgewandert sind in die Randgemeinden, dann müßte man eigentlich sagen, hier passiert genau das, was eigentlich in einer Stadt nicht passieren sollte, daß die einzelnen kleinen Firmen in die Randgemeinden übersiedeln. Eine große Fabrik kommt nach Steyr und wird wahrscheinlich diese Stadt diktieren, so wie die Steyr-Werke Steyr diktieren. Man sollte jetzt noch einmal grundsätzlich darüber nachdenken, ob man nicht versuchen sollte, mehr Förderungsgelder breiter zu streuen und nicht nur einer Firma zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Von diesem Geistesblitz geblendet frage ich, wer wünscht noch dazu zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich glaube, dieser Antrag, der von Bürgermeister Schwarz heute an den Gemeinderat gestellt wurde, soll nicht so in die Lächerlichkeit abgleiten. Kollege Ramoser hat halt in seiner Art versucht darzulegen, daß man diese Förderung für BMW im Lichte der allgemeinen Wirtschaftsförderung der Stadt beleuchten soll. So habe ich seine Ausführungen verstanden. Die beantragte Barsubvention an BMW

in Steyr in der Höhe der beantragten 2,5 Millionen Schilling ist auch in Zusammenhang mit dem Krisenbudget der Stadt Steyr zu sehen. Sie wissen ja, daß im laufenden Jahr die Einnahmen aus der Gewerbe- und Lohnsummensteuer um fast S 20 Millionen schrumpfen werden. Aufgrund des weiteren Rückganges der Beschäftigten in den Steyr-Werken im laufenden Jahr auf ca. 4.100 sowie der Stagnation bei den Löhnen und Gehältern kommt es sicherlich zu Mindereinnahmen bei der Lohnsummensteuer. Allein von diesem Betrieb, also von den Steyr-Werken, in der Höhe von meiner Schätzung nach 7 Millionen Schilling. Weiters wird sich der Schuldenstand der Stadt um über 40 Millionen oder rund 43 Millionen Schilling auf 550 Millionen Schilling bis zum Jahresende 1988 erhöhen. In dieser finanziell prekären Situation ist, wie mir scheint, die Mehrheit des Gemeinderates bereit, dem millionenschweren BMW-Konzern neuerlich eine enorme Barsubvention zu gewähren, obwohl die vertraglichen Bedingungen nicht erfüllt wurden. Es ist ja noch allgemein bekannt, daß bereits im März 1983 die Leitung des BMW-Motorenwerkes an die Stadt herantrat, um für die Schaffung von 800 Arbeitsplätzen zusätzlich Förderungsmaßnahmen zu erwirken. Damit soll die Beschäftigungszahl ja von ursprünglich 1.000 auf 1.800 erhöht werden. Der Gemeinderat beschloß daraufhin gegen meine Stimme, also die Stimme der KPÖ-Fraktion, eine Förderung in 4 Punkten. Diese umfaßte die Rückvergütung der Lohnsummensteuer für zwei Jahre nach dem ersten vollen Betriebsjahr und das ist eben heuer der Fall. Aus diesem Titel ist eine Förderung von mindestens 16 Millionen Schilling, aufgeteilt auf zwei Jahresraten, zu erwarten. Die erste Rate von 8 Millionen Schilling ist noch im heurigen Jahr flüssig zu machen. Weiters verpflichtet sich die Stadt, bei Erfüllung des Erweiterungsprojektes, die Gebühren für Wasserleitung und Kanalanschluß in der Höhe von 13 Millionen Schilling zu erlassen.

Erinnern möchte ich Sie daran auch in diesem Zusammenhang, daß die Stadt bereits für das Grundprojekt eine Barförderung von 21 Millionen Schilling geleistet hat. Somit erreichte das Förderungspaket der Stadt Steyr für den Vollausbau 34 Millionen Schilling. Mit dieser Barsubvention, die heute beantragt wird, sind es immerhin schon 5 Millionen Schilling, die die Mehrheit des Gemeinderates dem reichen BMW-Konzern als Förderung angedeihen lassen, die ja, meine Damen und Herren, von der ganzen Bevölkerung der Stadt über die kommunalen Gebühren und Tarife getragen werden muß.

Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Schilderung der Förderungsbereitschaft durch die Stadt wäre ja unvollkommen und würde ein verzerrtes Bild geben, wollte man die Darstellung der Gesamtförderungsmaßnahmen auch hier unterlassen. Die Förderungen gehen ja Hand in Hand mit den Ausbautappen des Werkes und das sieht so aus, und teilweise, wenn Sie nachgelesen haben, ist das auch im Amtsbericht enthalten. Die erste Etappe, Ausbau auf 1.000 Beschäftigte, Förderungen durch die Bundesregierung mit rund 900 Millionen Schilling. Unser Bundesland Oberösterreich mit rund 114 Millionen Schilling und unsere heute schon erwähnte verschuldete Stadt mit 21 Millionen Schilling. Also zusammen für die erste Etappe 1.035 Millionen Schilling. Zweite Etappe, Ausbau - wie ich schon erwähnt habe - auf 1.800 Beschäftigte. Die Förderung durch den Bund erfolgte mit 500 Millionen Schilling, durch das Land mit 120 Millionen und die Stadt Steyr, wie bereits auch von mir vorerst erwähnt, mit 34 Millionen Schilling, also zusammen mit 654 Millionen Schilling. Für 1.800 Beschäftigte geben gemeinsam, also Bund, Land und die Stadt Steyr zusammen 1.689 Millionen Schilling aus. Nun zur 3. Etappe, nämlich zur Endphase des Ausbaues auf 2.000 Beschäftigte. Die Förderungsbereitschaft durch den Bund wiederum mit 372 Millionen Schilling, das Land gibt 106 Millionen Schilling und die Stadt Steyr 22 Millionen Schilling. Für diese zusätzlichen 200 Arbeitsplätze haben sich Bund, Land und die Stadt verpflichtet, weitere 500 Millionen Schilling an Förderungsmittel zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir wissen auch, daß die 22 Förderungs-millionen der Stadt voll zu Lasten der Stadt gehen, da vom Land Oberösterreich zumindestens zugesagt wurde, rund 6 Millionen Schilling an Bedarfszuwei-

sungen, wenn sie es noch haben, zur Verfügung zu stellen. Das heißt, daß im Endausbau das BMW-Motorenwerk 2.189 Millionen Schilling an öffentlichen Geldern kassiert haben wird, was immerhin eine Förderung von mehr als 1 Million Schilling pro Arbeitsplatz bedeutet. Natürlich hat für unsere Stadt, für die Stadt Steyr, für die Steyrer Region, das BMW-Motorenwerk mit der neuesten Technologie eine wissenschaftliche, eine wirtschaftliche sowie arbeitsmarktpolitische Bedeutung. Denn bis zum Jahre 1990 wird insgesamt ein Investitionsvolumen von 10 Milliarden Schilling und ein Beschäftigungsstand von 2.000 erreicht sein. Zwar ist heute die gängige kapitalistische Praxis, daß arbeitsplatzschaffende Investitionen gefördert und subventioniert werden. Aber im Fall BMW, wie ich schon öfters hier im Gemeinderat gesagt habe, übersteigt diese Forderung mit rund 2,2 Milliarden Schilling oder 22 Prozent der Gesamtinvestitionssumme, eindeutig die Grenzen der Verantwortlichkeit. Überdies möchte ich heute wiederum feststellen, daß die Wirtschaftsförderung eigentlich nicht ins kommunale Aufgabengebiet fällt. Läßt man sich trotzdem zu stark darauf ein, wie man sieht, dann hat das für die Gemeinde wie die Stadt Steyr schwerwiegende finanzielle Folgen. Im Endausbau wird die kommunale Förderung der Stadt Steyr für BMW mehr als 100 Millionen Schilling betragen, das ist nahezu ein Viertel des heutigen Schuldenstandes, wenn dazu die anfallenden Zinsen gerechnet werden. Hier zeigen sich eben deutlich die Grenzen einer Förderungspolitik, die ja in letzter Konsequenz, wie ich schon gesagt habe, von der Masse der Steyrer Bevölkerung bezahlt werden muß. Daher werde ich gegen diese neuerliche großzügige Förderung von 2,5 Millionen Schilling stimmen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Herr Bürgermeister als heutiger Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt wird sicherlich in der Beantwortung meines Beitrages wiederum erklären, Treml, hätten wir kein BMW-Motorenwerk in Steyr, gebe es noch mehr Arbeitslose in der Region. Daher möchte ich, meine Damen und Herren, abschließend einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Es ist ja eine Tatsache, daß ausländische Konzerne Produktionen in Österreich wegen der niedrigen Löhne und der hohen Förderung ansiedeln. Schon als das größte Projekt dieser Art, die Ansiedlung von General Motors mit rund 5 Milliarden Schilling Steuergeldern bei Wien über die Bühne ging, erhoben eine Reihe von Fachleuten und wir Kommunisten warnend die Stimme. Um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, brauchen wir wirklich keine multinationalen Konzerne in unserem Land, die nur Milliarden Schilling einstecken und dann die erarbeiteten Profite von den Arbeitern und Angestellten ins Ausland transferieren. Z. B. General Motors und BMW erhielten zusammen 7.000 Millionen Schilling Förderungsmittel aus österreichischen Steuergeldern und beschäftigten insgesamt nur 4.500 Arbeiter und Angestellte. Mit vielen Milliarden, die in den letzten Jahren in die Ansiedlung von ausländischen Konzernen gesteckt worden sind, hätte man nach meiner Meinung die Steyr-Werke und die verstaatlichte Industrie großartig ausbauen und damit noch weitaus mehr Arbeitsplätze schaffen und auch sichern können.

So aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, gingen allein im Steyr-Werk mehr als 5.000, in der Verstaatlichten viele viele tausende Arbeitsplätze verloren, denen nur 2.500 neue Arbeitsplätze in Steyr gegenüberstehen. Für uns Gemeinderäte muß doch auch klar sein, daß das Steyr-Werk nach wie vor, trotz der Betriebsansiedlungen, von ausschlaggebender Bedeutung für die gesamte Steyrer Region ist. Unsere Aufgabe müßte es sein und ist es, daß wir gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten den Steyr-Werken hier eine stärkere Unterstützung in ihrem gerechten Kampf geben, welche die Arbeitsplätze sichert und den beabsichtigten Lohnabbau verhindert.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich einiges aufklären. Sie haben zu Beginn der Gemeinderatsitzung auf ihren Tischen ein Schreiben vorgefunden. Es gab schon eine kleine Unruhe, man hat hier nachgefragt, wer mag der Missetäter sein? Ich möchte Ihnen jetzt sagen, es handelt sich dabei um eine Abschrift eines gedruckten Briefes der Generaldirektion der Steyr-Werke AG, der datiert mit 27. Juni

1930 an die Arbeiter und Angestellten erging. Es sind seither 58 Jahre vergangen. Aber wie man aus dem Inhalt ersehen kann, die Methode, der Druck, die Erpressung gegenüber der Steyrer Arbeiterschaft überlebte Jahrzehnte. Mitte Oktober des Vorjahres wurde an die - wie geschrieben stand - lieben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ein Schreiben vom Vorstand der Steyr-Daimler-Puch AG übergeben. Darin wurden finanzielle Opfer von den sogenannten Mitarbeitern verlangt. Diese Opfer beziehen sich sowohl auf den Verdienst wie auch auf die sozialen Leistungen, und zwar möchte ich einige konkret anführen. 1. Verzicht auf Lohn- und Gehaltserhöhungen, 2. ein Bezugsverzicht von 5 Prozent aller Belegschaftsmitglieder, 3. Kürzung der Sozialleistungen von 50 Prozent. Das Ergebnis der bisherigen Konzernstrategie, es wurden nicht neue Märkte erschlossen um mehr Aufträge zu bekommen. Man ging den üblichen leichteren Weg, nämlich tausende Arbeitsplätze wurden im Steyr-Werk vernichtet. Seit 4 Jahren bereits gibt es keine Treueprämie, sie wurde - wie Sie wissen - gestrichen. Die Werkspension wurde kürzlich um 50 Prozent gekürzt. Lohn- und Gehaltseinbußen entstanden durch lange Kurzarbeit für tausende Arbeiter und Angestellte. Weiters Verzicht auf Lohnerhöhungen in den nächsten 3 Jahren. Sie wissen auch, Erholungsheime wurden verkauft, die Bücherei wurde geschlossen und an die Stadt Steyr angegliedert. Die Personalkosten dafür hat die Stadt zu tragen, nicht einmal dazu waren sie bereit. Die Schwimmschule wollte man schließen, hätte es nicht eine eigene Initiative der Bevölkerung in einem Verein gegeben. Die Stadt muß, um die Schließung der beliebten Schwimmschule im Wehrgraben zu verhindern, jährlich 350.000 bis 500.000 Schilling zur Verfügung stellen.

Zum Beschäftigten- und Sozialabbau kommt in den Steyr-Werken die Zergliederung des Unternehmens, die Stilllegung und der Verkauf von Teilbetrieben. Meine Damen und Herren, in den nächsten Tagen schon will man mit aller Härte eine Entscheidung treffen. Mit erpresserischem Druck, durch Androhung von Änderungskündigungen gegenüber tausenden Arbeitern und Angestellten will der Vorstand eine Lohn- und Gehaltskürzung um 5 Prozent erreichen. Oder, wie sie sagen, anstatt einer Lohnkürzung soll das Akkordsystem geändert werden, damit bei gleichen Bezügen eine 5prozentige höhere Leistung herauskommt. Gegen diese Erpressermethoden der CA, der Aktionäre, der Vorstandsdirektoren und Manager, müssen die Belegschaftsmitglieder mit ihren Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären ankämpfen. Ich glaube, Resolutionen und Absichtserklärungen des Gemeinderates sind in dieser ernstesten Situation zu wenig. Die Situation, meine Damen und Herren, war noch nie so ernst wie heute. Es geht um den Weiterbestand der Steyr-Werke und ist auch damit mit der Stadtentwicklung eng verbunden.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Wer will sonst noch zu diesem Punkt sprechen? Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Meine beiden Vorredner haben die Gelegenheit wahrgenommen zu einem Antrag, der sich ja schon mehrfach im Gemeinderat in den letzten Jahren wiederholt, einen Beitrag zu leisten, der meiner Meinung nach etwas zurecht gerückt werden muß, weil es nicht stimmt und an den Dingen vorbeigeht. Erstens sei einmal festgestellt, daß zu der Zeit, wie die Verträge mit Steyr-BMW, ursprünglich war diese Betriebsgründung eine gemeinsame Gründung der Steyr-Daimler-Puch AG und BMW München, sind die Verträge dem Gemeinderat sehr wohl zur Kenntnis gelangt, nur hat es damals die GAL noch nicht gegeben. Das ist sein Problem und nicht das Problem des Gemeinderates. In der Zwischenzeit war es ihm möglich, seitdem die GAL im Gemeinderat vertreten ist, über alle weiteren Vorkommnisse jede Akteneinsicht zu bekommen, die zu seiner Tätigkeit notwendig ist. Zum anderen teile ich durchaus Bedenken meiner Vorredner über Fragen, die mich als Gewerkschafter berühren.

Ich gebe das gerne zu, daß mich als Gewerkschafter manche dieser Aussagen, ob sie von Gemeinderat Ramoser oder Gemeinderat Tremml kommen, mit Sorge erfüllen, weil sie nicht ein Problem einer Fraktion, sondern ein Problem der Arbeitnehmer und eines Landes darstellen, welches aufgrund seiner politischen und seiner wirtschaftlichen Lage einfach gezwungen ist, Investoren in Österreich hereinzubekommen, ob das in- oder ausländische sind. Daß Investoren ihre Überlegungen nach anderen Kriterien anstellen, als dies die Gemeinde tut, liegt auf der Hand. Aber die Gemeinde hat ihre Aufgabe im kommunalen Bereich und hat dafür zu sorgen, daß die Gemeindegrenzen jene Kraft erhalten, die der Kommune es wieder ermöglicht, verschiedene Aufgaben wahrzunehmen. Wir werden nur dann - das hat man im Laufe der Jahrzehnte sehr wohl verfolgen können - Erträge bekommen, wenn wir andererseits Möglichkeiten bieten einer Betriebsansiedlung, die die Wirtschaft belebt und auch andere Bereiche mit erfaßt.

Es muß der Korrektheit halber festgestellt werden, daß BMW die zugesicherten Arbeitsplätze geschaffen hat, um eine weitere Rate der vertraglich zugesicherten Förderungsmittel zu erhalten. Was unseren Kollegen Tremml dabei stört ist das, daß im Passus einer weiteren Förderungsmaßnahme im Zuge einer zusätzlichen Ausbaustufe ein Vermerk drinnen ist, der eine Beschäftigung von einem Prozentsatz von etwa 60 Prozent von Steyrern mehr oder weniger zusagt. .

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das habe ich heute aber nicht gesagt.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Eine Zusage, die wir schon sehr häufig hier diskutiert haben und die immer wieder ein Stein des Anstoßes war. Wie ich aber glaube, mittlerweile soweit das Einvernehmen hergestellt werden konnte, daß BMW ihre Bemühungen, mehr Steyrer einzustellen, durchaus zu erkennen gibt, ich aber ohne weiteres einschränkend sage, sehr viele kooperative Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, Steyrer zu nehmen, gibt es zwischen Bürgermeister und Gemeinderat einerseits und der Leitung von BMW nicht. Wir müssen aber immerhin eines feststellen, daß mit der Schaffung des BMW-Motorenwerkes nicht nur dieses Werk, sondern auch viele andere Bereiche mit Nutznießer sind, zusätzliche Betriebe sich in Steyr angesiedelt haben und daß hier die Wirtschaftskraft der Region selbst wesentlich gestärkt wurde. Ich warne davor, Kolleginnen und Kollegen, gerade unter dem Aspekt, daß nicht nur Steyr, das hat zweifellos den höchsten prozentuellen Anteil der Förderung aufgrund seiner Größenordnung bei diesem Werk geleistet, daß hier auch das Land und vor allem der Bund beträchtliche Mittel dazu gegeben haben und daß dieser Kantönli-Geist uns nicht sehr gut ansteht, immer wieder davon zu reden, daß nur Steyrer dort Arbeit finden sollen. Wir müssen sehr wohl unsere regionalen Interessen als Bezirksstadt und als Stadt, die schon seit eh und je seine Umland- und Randgemeinden in die Überlegungen zwangsläufig mit einbezogen hat.

Ich möchte auch noch etwas richtigstellen, was den Anteil und die Höhe der Löhne und Gehälter bei BMW betrifft. Ich kann nur sagen, daß BMW Steyr bei den Löhnen und Gehältern durchaus bereits das Steyr-Werke-Niveau erreicht und überschritten hat. Wir müssen feststellen, daß BMW und ich kann nur vergleichen mit etwas, was für mich vergleichbar ist. Ich weiß schon, daß das Lohnniveau in Österreich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland niedriger ist. Ich stelle fest, daß das Lohnniveau nach mir vorliegenden Statistiken durchaus Steyr-Werke-Niveau und darüber hinaus schon erreicht hat und Sie wissen selbst, daß immer wieder die Steyr-Werke als ein Betrieb hingestellt werden, und in der Vergangenheit zurecht, wo man durch eine gediegene Arbeit und durch entsprechende Leistung auch entsprechend verdienen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten zu einem kommen, der Ernst der Situation wurde ja von Kollegen Tremml im Bezug auf die Steyr-Daimler-Puch AG sehr

drastisch herausgestellt und nicht zu unrecht. Es steht sonst an, über Möglichkeiten zu diskutieren und auch dann abzulehnen, wo wir wissen, daß wir notwendiger denn je Arbeitsplätze brauchen und daß uns niemand - diese Erkenntnis müssen wir ein für allemal hinnehmen - eine Gewähr gibt, daß dieser Betrieb oder ein anderer auf alle Ewigkeit in Steyr bleibt. Weil vor allem internationale Betriebe ihren Rechenstift anders behandeln, als wir es tun. Es ist mir absolut klar, daß BMW, wenn sich günstige Möglichkeiten für sie eröffnen, andere Überlegungen anstellt. Aber, um Kollegen Ramoser nochmals anzusprechen, hat erklärt, wie erschreckend für ihn das ist, daß Steyrer Betriebe sich in anderen Betrieben niederlassen. Kolleginnen und Kollegen, das ist ja nicht deswegen, weil es anderswo schöner, besser ist, sondern weil auch hier der Rechenstift dafür spricht, weil sie dort günstigere Konditionen, vielleicht bessere oder neue Förderungs-mittel erreichen, um ihren Betrieb zu modernisieren, zu vergrößern oder was immer für Absicht dahinter steckt. Es läßt sich sehr viel über solche Dinge, über wirtschaftliche Zusammenhänge sagen, keine Frage. Nur sollten wir eines gemeinsam versuchen. Unserer Steyrer Bevölkerung das Gefühl zu geben, für sie da zu sein, für sie zu arbeiten, damit sie in Steyr eine Zukunft hat.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für diesen Beitrag. Wer wünscht noch zum Antrag zu sprechen? Ich sehe keine Wortmeldung mehr und bitte daher den Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Kollege Pimsl hat es angeführt, die Diskussion wiederholt sich immer wieder. Wir alle sollten, trotz berechtigter Kritik, die angebracht wird, sehr froh sein, daß es uns gelungen ist, diesen Betrieb - mit Hilfe des Landes und des Bundes und auch unter wesentlicher Mithilfe der Stadt - nach Steyr zu bekommen. Ich habe erst bei meinen Berichten darauf hingewiesen, daß das BMW-Werk derzeit 1.817 Beschäftigte zählt. Das ist eine erkleckliche Zahl. Darüberhinaus möchte ich auch sagen, daß durch diesen Betrieb natürlich, so wie bei jedem Großbetrieb, die übrigen Wirtschaftszweige und Betriebe in der Umgebung in Steyr auch letztlich durch Aufträge profitieren. Es ist selbst gelungen, durch das BMW-Werk einen neuen Betrieb - ich denke hier an die Fa. Dräxlmaier, wo ebenfalls derzeit 288 Arbeitskräfte beschäftigt sind - nach Steyr zu bekommen. Wenn ich diese zwei Betriebe alleine zusammenzähle, sind das 2.105 Arbeitsplätze, die wir in Steyr in den letzten Jahren schaffen konnten. Unter erheblichem Einsatz von Mitteln, die wir als Stadt zur Gründung dieses Betriebes beigetragen haben. Aber was ist die Alternative, wenn das nicht vorhanden wäre? Liebe Freunde, meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Alternative ist, daß es diese 2.105 Arbeitsplätze derzeit nicht gäbe. Ich habe gesagt, es sind derzeit 3.166 Personen beim Arbeitsamt in Steyr gemeldet. Das ist allerdings der Bereich des Arbeitsamtsbezirkes Steyr-Stadt und Steyr-Land mit einigen Gemeinden aus dem Bezirk Kirchdorf, nämlich Grünburg und Steinbach. Über 8 Prozent sind arbeitslos gemeldet, das ist eine sehr hohe Quote. Ich rechne von den 2.105 Arbeitsplätzen, die wir haben durch BMW, nur 1.000 davon, daß sie keine Möglichkeit hätten, in Beschäftigung zu stehen, wenn es diese Betriebe nicht gäbe, dann würde sich die Zahl der Arbeitslosen von 3.166 auf über 4.000 erhöhen. Das sehe ich als das Positive, daß es durch diesen Betrieb gelungen ist, zumindest für einen Teil der Menschen in unserer Region eine Beschäftigungsmöglichkeit zu finden. Jenen Teil, der ansonsten arbeitslos wäre.

Ich glaube, daß auch hier der Mitteleinsatz gerechtfertigt ist und gerechtfertigt erscheint. Es hat immerhin der Betrieb sicher unter großen Leistungen der öffentlichen Hand - es stimmen die Beträge, die hier angeführt wurden. Rund 1,7 Milliarden Schilling wurden an Förderungsbeträgen ausgegeben, aber die Ingesamt-Summe der Investitionen bei diesem Betrieb liegt derzeit bei 7 Millionen Schilling. Diese Investitionssumme ist ja auch letztlich in den letzten Jahren Teilen un-

serer Wirtschaft zugute gekommen. Wir bemühen uns natürlich als Steyrer, das darf ich sagen, auch weiterhin sehr intensiv und wir führen laufend Gespräche mit dem BMW-Werk, daß der Anteil der Steyrer sich vergrößert. Ein weiterer Nebeneffekt ist auch noch, wenn Auswärtige in den Betrieb kommen - ich kann das im vermehrten Maß feststellen - ist es auch so, daß mancher - etliche sind es schon - der jetzt auswärts wohnt aufgrund seines Arbeitsplatzes in Steyr in unsere Stadt zuzieht. Wir haben hier auch einen sicher nicht erheblichen, aber kleinen Zuzugsgewinn zu erwarten. Ich möchte jetzt auf Kollegen Ramoser eingehen und darf sagen, daß wir aufgrund unserer finanziellen Situation versuchen - und wir sind schon in Verhandlungen - die Verzichtleistungen, die wir erbringen, zu prolongieren. Daß also das hinausgeschoben wird, daß wir nicht die gesamten Beträge rückvergüten. Ich hoffe, daß es hier zu einem positiven Ergebnis kommt. Im großen und ganzen glaube ich, daß wir sehr dankbar sein müssen, daß dieses Unternehmen hier ist. Die Lage, die derzeit äußerst kritisch ist in Steyr, wäre ohne dieses Unternehmen nahezu katastrophal. Alle Maßnahmen, die wir als Stadt dazu beitragen können, daß es hier weitergeht, sind, glaube ich, gerechtfertigt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem vorliegenden Antrag zur weiteren Förderung bzw. zur Weiterführung der Förderung an das BMW-Werk einverstanden ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Die Gegenprobe besteht in der Ermittlung der Stimmenthaltungen und der Neinstimmen. Es ist mir vorbehalten, zuerst nach der Stimmenthaltung zu fragen. 1 Stimmenthaltung (GAL), 1 Gegenstimme (KPÖ).

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, im nächsten Bericht geht es ebenfalls um die Gewährung einer außerordentlichen Subvention. Der Sportklub Vorwärts beabsichtigt, Sanierungsarbeiten an den Sanitäreinrichtungen am Vorwärtsplatz vorzunehmen und darüber hinaus ist er auch genötigt, einige Trainingsfelder zu errichten. Seitens der Stadt Steyr wird eine außerordentliche Subvention zur Unterstützung dieser Maßnahmen, die insgesamt einen Betrag von 1,7 Millionen Schilling erfordern, im Betrag von S 200.000,- zu gewähren. Ich bitte Sie um Genehmigung.

6) Ha-590/88

SK-Vorwärts Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 4. 2. 1988 wird dem SK Vorwärts Steyr zur Durchführung von Sanierungsarbeiten im Vorwärts-Stadion im Rahmen des in diesem Amtsbericht vorgeschlagenen Finanzierungsplanes eine außerordentliche Subvention im Betrage von S 200.000,- gewährt.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von
S 200.000,-- (zweihunderttausend)

bei VSt 5/2624/777000.5 freigegeben.

Die Auszahlung der Subvention hat gegen Vorlage entsprechender Rechnungen zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Antrag steht zur Diskussion. Wünscht jemand, sich zu Wort zu melden? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Fraktion stimmt der beantragten Subventionierung in der Höhe von 200.000 Schilling für meines Erachtens notwendige Sanierung des Vorwärtsplatzes zu, da zu rechnen ist aufgrund der großartigen Spielleistung, daß sie auch damit errei-

chen in nächster Zukunft, daß mit einem größeren Besucherandrang zu rechnen ist. Aber meine Damen und Herren, es gibt keinen Abend, wenn ich in Steyr bin und mit Menschen komme, daß die fragen, wie schaut es aus mit der Verstärkung. Allerdings bin ich der Auffassung, daß wir über hohe österreichische Spielerqualitäten verfügen und Leistungen von diesen erbracht wurden. Aber wie schaut es nun aus mit der Verstärkung aus der Sowjetunion? Wie es bei vielen anderen Dingen der Fall ist, so wird von der Presse manches gleich berichtet, obwohl es noch im Verhandlungsstadium ist. Es ist, daß ich nicht beauftragt wurde vom Vorstand der Vorwärts, aber aufgrund der Anfragen aus der Bevölkerung habe ich mir erlaubt, bei den zuständigen Stellen in der Sowjetunion nachzufragen. Hier stellte sich heraus, ich kann nur diese Mitteilung hier machen, so wie ich sie von der Sowjetunion erfahren habe. Und zwar, es dürfte zu diesem Transfer von Oleg Blochin zum Zweitdivisionär Steyr wahrscheinlich aus der beruflichen Stellung des Spielers nicht gekommen sein. Wie Sie vielleicht auch wissen, gehörte Blochin der sowjetischen Miliz an, also bei uns würde man sagen der Polizei, und ist dort im Rang eines Majors. Er darf natürlich aufgrund der sowjetischen Gesetze für längere Zeit nicht ins Ausland. Im Fall eines Transfers müßte er natürlich seinen Dienst quittieren, würde aber dabei natürlich eine Reihe von Ansprüchen, die er sich schon erworben hat, verlieren. Obendrein ist es natürlich nach wie vor möglich, daß auch Blochin als Spieler im Team der UdSSR weiter gebraucht wird. Es ist auch mir mitgeteilt worden, daß z. B. alle, die in einem Armee-Sportverband organisiert sind, also alle Sportler, darunter auch die Fußballer, bekommen bis heute keine Auslandsgenehmigung. Mehr kann ich Ihnen darüber nicht sagen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Bevor ich frage, ob weitere Diskussionsteilnehmer sich an der Debatte beteiligen wollen, mache ich darauf aufmerksam, daß es um die Subventionsgewährung geht und nicht um das Engagement des Spielers Blochin. Wer wünscht zur Subventionsgewährung zu sprechen? Kollege Zagler bitte.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Keine Angst, meine geschätzten Damen und Herren, ich werde jetzt nicht über die Taktik, über die Mannschaftsaufstellung oder über andere Dinge, den SK Vorwärts Steyr betreffend sprechen, sondern tatsächlich zur Subvention, weil gerade der Sportklub Sparkasse Vorwärts Steyr sehr großen Wert darauf legt, daß es auch in der Öffentlichkeit festgehalten wird, daß die Subventionen der öffentlichen Hand dort besonders positives Echo hervorrufen. Ich darf auch dazusagen, wenn vielfach in der Öffentlichkeit die Meinung vorherrscht, daß Gelder, die hier im Subventionsweg vergeben werden, für Spielerkäufe oder Bezahlung von diversen anderen Dingen aus dem Spielbetrieb verwendet werden, daß das nicht der Fall ist, daß das reine Unterstützungen von Investitionskosten am Sportplatz des SK Vorwärts Steyr sind. Und, das möchte ich besonders hervorstreichen, daß hier auch die hohen Eigenleistungen, die der Sportverein selbst erbringt, Beachtung finden. Daß heißt also, daß wir mit der Führung in diesem Verein, unter Obmann Radlspäck, auch als Gemeinde sehr gut bedient sind, weil eben auch dort von der Wirtschaftskraft, die durch den Verein hereingebracht wird, zu den Investitionen entsprechende Zuschüsse gemacht werden, so daß nicht die gesamte Investitionsbelastung auf die öffentliche Hand umgelegt wird.

Ich darf auch mit gewisser Freude und Genugtuung feststellen, daß nach Jahren, wo in Steyr sehr viele Kulturbauten errichtet worden sind unter Bürgermeister Schwarz, dessen Sportgesinnung ja allgemein bekannt ist, auch dem Sport zu seinem Stellenwert verholfen wurde. Das kommt auch in der Gewährung von Subventionen zum Ausdruck. Und nicht nur, auch das möchte ich feststellen, die Gewährung von Subventionen, den Sportklub Vorwärts betreffend, sondern auch alle anderen aktiven Sportvereine in dieser Stadt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Wünscht sonst noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Nachdem der Referent auf das Schlußwort verzichtet hat, kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen den Antrag, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Stimmenthaltung? Auch keine zu verzeichnen, somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, den ich heute zur Beschlußfassung vorzulegen habe, geht es ebenfalls um die Gewährung einer außerordentlichen Subvention. Und zwar soll dem Ruderverein 1888 zur Sanierung des Bootshauses und aus Anlaß des 100jährigen Bestandes ein Gesamtbetrag von S 150.000,- gewährt werden. Die Auszahlung soll in drei gleichen Jahresraten vorgenommen werden. Der Antrag lautet:

7) Ha-5872/87

Ruderverein Steyr 1888; Gewährung einer
außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 21. 1. 1988 wird dem Ruderverein Steyr 1888 zur Sanierung des Bootshauses eine außerordentliche Subvention im Gesamtbetrag von S 150.000,- gewährt. Die Auszahlung hat in drei gleichen Jahresraten gegen Vorlage von Rechnungen zu erfolgen.

Zum genannten Zweck wird im Rechnungsjahr 1988 der Betrag von

S 50.000,- (Schilling fünfzigtausend)

bei VSt 5/2690/777000.6 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, dann erfolgt die Abstimmung. Wer stimmt diesem Antrag, bitte ein Zeichen mit der Hand? Das war einstimmig, eine Gegenprobe erübrigt sich.

Die Berichterstattung des Herrn Bürgermeisters ist damit abgeschlossen und ich kann ihm den Vorsitz wieder zurückgeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Anstelle des Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger bitte ich Kollegen Pimsl um die Berichterstattung.

STADTRAT RUDOLF PIMSL anstelle des abwesenden Vizebürgermeisters Wippersberger:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Mein erster Antrag, den ich die Ehre habe, Ihnen zu stellen, gibt Auskunft über die Deckung des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts 1987 durch Entnahmen aus Rücklagen und zeigt anhand der Rücklagenbuchungen, welches Rechnungsergebnis im Jahre 1987 erzielt werden konnte.

Der ordentliche Haushalt zeigt ein vorläufiges Rechnungsergebnis von 592,4 Millionen Schilling an Einnahmen und 609,4 Millionen Schilling an Ausgaben. Der sich daraus ergebende Abgang in Höhe von 17 Millionen Schilling muß durch Entnahme aus Rücklagen, und zwar von 1,2 Millionen Schilling aus der Grund- und Quellwasserrücklage und 15,8 Millionen Schilling aus der Allgemeinen- und Betriebsmittelrücklage, gedeckt werden. Dieses vorläufige Rechnungsergebnis des ordentlichen Haushaltes liegt damit nur um 1,5 Millionen Schilling oder 0,2 Prozent unter der veranschlagten Summe. Gegenüber dem Nachtragsvoranschlag ist außer den geringeren Ausgaben auch insofern ein besseres Ergebnis erzielt worden, als nicht 34,2 Millionen Schilling, sondern "nur" 17 Millionen Schilling aus den Rücklagen entnommen werden mußten. Zurückzuführen ist dies vor allem auf unvorhergesehene Entnahmen bei den Gebühren und Steuern.

Der außerordentliche Haushalt schließt vorerst bei Einnahmen von 87 Millionen

Schilling und bei Ausgaben von 96,1 Millionen Schilling und bei Ausgaben von 96,1 Millionen Schilling. Der Nettoabgang in Höhe von 9,2 Millionen Schilling muß zur Gänze durch Entnahme aus der Allgemeinen- und Betriebsmittelrücklage bedeckt werden. Das vorläufige Ergebnis des außerordentlichen Haushaltes weist gegenüber dem Nachtragsvoranschlag Minderausgaben von 13,2 Millionen Schilling oder 9,6 Prozent auf und ist vor allem auf verspätete Rechnungslegung durch die bauausführenden Firmen und auf die Zurückstellung einiger Vorhaben zurückzuführen. Insgesamt konnten wir uns durch diese Minderausgaben zumindest für 1987 Darlehensaufnahmen in Höhe von rund 17 Millionen Schilling ersparen.

Zusammenfassend kann man zum vorläufigen Rechnungsergebnis 1987 sagen, daß es zwar besser als im Nachtragsvoranschlag präliminiert ausgefallen ist, daß aber trotz allem ein Abgang von 17 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt und von 9,2 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt uns zu weiterem planvollen Sparen mahnen soll.

Zur Deckung des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 1987 darf ich Sie ersuchen, den im Antrag angeführten Rücklagenentnahmen, und zwar für den ordentlichen Haushalt S 15,841.912,26 aus der Allgemeinen und Betriebsmittelrücklage und S 1,181.567,14 aus der Grund- und Quellwasserrücklage sowie für den außerordentlichen Haushalt S 9,161.095,10 aus der Allgemeinen und Betriebsmittelrücklage, zuzustimmen. Weiters ersuche ich Sie, die Zuführungen an Rücklagen bei den im Amtsbericht angeführten Voranschlagsstellen in einer Gesamtsumme von S 28,984.722,11 zu genehmigen.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

8) Buch-7100/87

Deckung des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes durch Entnahmen aus Rücklagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Deckung des Abganges im ordentlichen Haushalt werden Rücklagenentnahmen aus der Allgemeinen und Betriebsmittelrücklage in Höhe von S 15,841.912,26 und aus der Rücklage für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers in Höhe von S 1,181.567,14 bewilligt.

Die Deckung des außerordentlichen Haushaltes hat durch Rücklagenzuführungen in Höhe von S 28,984.722,11 sowie Entnahmen in Höhe von S 9,161.095,10

zu erfolgen. Zur Deckung des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes werden somit Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt S 26,184.574,50

Für die Zuführungen an Rücklagen werden bei den angeführten Voranschlagsstellen nachfolgende Freigaben und Kreditüberschreitungen genehmigt.

VA. St.	Freigabe	Kreditüberschr.	Gesamtbetrag
5/2220/298000.2	394.000,--	88.634,72	482.634,72
5/4200/298000.2	-	1,705.297,79	1,705.297,79
5/8150/298000.5	20.000,--	10.631,72	30.631,72
5/8330/298000.3	-	4.400,--	4.400,--
5/8400/298000.4	11,483.307,67	-	11,483.307,67
5/8460/298000.8	14,479.000,--	799.450,21	15,278.450,21
Summen	26,376.307,67	2,608.414,44	28,984.722,11

Ich bitte Sie, meinen Antrag zur Kenntnis zu nehmen und ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich möchte nur eine kleine Ergänzung zu dem an sich sehr runden Vortrag des Kollegen Pimsl machen. Es ist nicht nur durch Einnahmenüberschüsse jetzt ein etwas positiveres Bild gezeichnet als es sich beim Nachtragsvoranschlag dargeboten hat. Vielmehr auch durch entweder nicht fertig vollzogene oder jedenfalls nicht abgerechnete im alten Jahr budgetierte Maßnahmen sich auf der Ausgabenseite ein anderes Bild ergeben hat. Gerade unter diesem Aspekt, weil diese Zahlungen im heurigen Rechnungsjahr fällig werden, zum Teil schon fällig wurden, ist nur zu unterstreichen, was Du, Kollege Pimsl, gesagt hast, das weitere maßvolle Planen und vor allen Dingen auch das weitere Sparen nicht außer acht zu verlieren. Diesen Umbuchungen zur Erfüllung eines vorläufigen Ergebnisses zur Jahresrechnung 1987 gebe ich seitens der Österr. Volkspartei selbstverständlich die Zustimmung, betone aber, daß ich in Erinnerung rufen möchte, daß wir aus dem von mir angeführten Titel "Abrechnungen aus dem Vorjahr" jetzt schon im ersten Drittel dieses Kalenderjahres zu Budgetüberschreitungen gekommen sind. Daran werden wir noch kauen müssen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Trotz der ganzen Sparmaßnahmen und Sparappelle zeigt sich aufgrund dieser Antragstellung und auch aus dem Amtsbericht, daß der ordentliche wie auch der außerordentliche Haushalt des Jahres 1987 nur durch Rücklagenentnahme gedeckt werden kann. Der Abgang des ordentlichen Haushaltes - das wurde schon erwähnt - beträgt 17 Millionen Schilling und der des außerordentlichen Haushaltes 9 Millionen Schilling.

Ja, meine Damen und Herren, vor einigen Jahren wurden ja noch vom ordentlichen Haushalt an den außerordentlichen Haushalt Millionenbeträge zugeführt. Es stellt sich daher für uns Gemeinderäte die Frage, warum gab es diese negative Veränderung? Seit dem Finanzausgleich 1985 zumindest hat sich die finanzielle Situation auch der Stadt Steyr und eines Großteils der oberösterreichischen Gemeinden wesentlich verschlechtert. Unter Berücksichtigung der Geldwertminderung in den letzten drei Jahren sind die Ertragsanteile real um 6 Prozent gesunken. Gleichzeitig aber sind die Abgaben der Gemeinden für Umlagen, für Beiträge und zusätzliche neue Aufgaben, wie wir uns heute schon sehr ausführlich uns beschäftigt haben, nämlich der Wirtschaftsförderung stark gestiegen. Bei den anstehenden Verhandlungen zum Finanzausgleich 1989 ist daher eine merkliche Einnahmverbesserung und eine Gemeindeentlastung von den Verhandlern zu erreichen. 1987 erreichten wir einen Tiefstand bei den Einnahmen durch die Gewerbesteuer und im laufenden Jahr werden wir mit noch größeren Rückgängen rechnen müssen. Gleichzeitig werden im laufenden Budgetjahr aber die pflichtausgaben, wie die Landesumlage, der Krankenanstaltenbeitrag und Beiträge nach dem Sozialhilfegesetz weiter ansteigen und damit der Handlungsspielraum des ordentlichen Haushaltes, aber auch des Gemeinderates, weitgehendst eingeengt. Wenn auch die Verschuldung der Stadt um 18 Millionen Schilling geringer ausgefallen ist als budgetiert, - das hat auch mein Vorredner Vizebürgermeister Holub erwähnt, wo die Gründe lie-

gen, daß manche Aufgaben eben nicht in Angriff genommen oder durchgeführt worden sind, die budgetiert waren - beträgt diese mit Ende 1987 immerhin 5,5 Millionen Schilling und wird im laufenden Jahr - dazu kommen auch heutige Anträge und Beschlüsse und noch weitere werden folgen - auf 560 Millionen ansteigen. Bei der Zuweisung der Bedarfszuweisungen zur Abdeckung des ordentlichen Haushaltes schaut es, soweit ich in Oberösterreich informiert bin, nicht sehr rosig für unsere Stadt aus, denn 82 Gemeinden von den 445 oberösterreichischen Gemeinden - also annähernd ein Fünftel - konnten den ordentlichen Haushalt 1987 nicht ausgleichen und werden mit den nach dem Landesbudget verringerten Mitteln auch wahrscheinlich weniger bekommen. Natürlich stimme ich dem vorliegenden Antrag zu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren, es ist dem nicht allzuviel hinzuzufügen, weil ich sehr gerne bestätige, was Kollege Holub gesagt hat, daß eben durch nicht eingelangte Rechnungen oder durch Verschiebung offener Rechnungen in das neue Haushaltsjahr sich die finanzielle Entwicklung auch zum Teil dadurch gebessert hat. Das ist aber ein Hinweis, daß unsere Finanzverwaltung sehr wohl nach wirtschaftlichen Kriterien hier die Gestionen durchführt und nicht einfach aus Verwaltungsgründen Zahlungen anweist, weil eben die Rechnungen gekommen sind. Es wird immer mehr zu einer finanziellen Frage, Rechnungen oder bei Aufträgen und Abrechnungen Zahlungsziele zu erreichen, die die Stadt in die Lage versetzen, die Zahlungen etwas günstiger zu gestalten als dies unter anderen Umständen möglich ist. Die Aufgabe wird mehr noch als bisher wahrgenommen werden müssen.

Die Verschiebung von einem Jahr in das andere gibt uns ja nur einen momentanen Aufschub, aber die Rechnung selbst muß klarerweise beglichen werden und man kann nur zum Teil hoffen, allerdings ist die Erwartung nicht so hoch, daß das kommende Jahr wesentlich besser, von den Eingängen her, wird als das Vorjahr. Diese Rechnung wird zumindest gegenwärtig kaum aufgehen.

Zu Kollegen Tremml, natürlich wissen wir und der Finanzreferent, dem ich die Ehre habe, ihn zu vertreten, weist immer wieder darauf hin, daß die Ertragslage der Stadt durch verschiedene Einflüsse, durch das Land, durch den Bund, weil die Gesetzgebung entsprechend verändert wird, zusehends schlechter wird, daß aber auch gleichzeitig - das muß auch mit eingebunden werden - die Aufgabe der Stadt größer wird. Nicht nur daß die Ertragslage sich verschlechtert, sondern durch eine Ausweitung von Aufgaben noch zusätzlich belastet wird. Diese Aufgaben werden auch zum Teil durch den Gesetzgeber der Kommune zugeordnet, so daß uns auch in dieser Richtung einiges zukünftig ins Haus stehen wird. Ich darf ansonsten danken für die Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie die Zustimmung geben? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL) angenommen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Mein nächster Antrag behandelt die Aufnahme eines Kommunaldarlehens in der Höhe von 16,5 Millionen Schilling bei der Volkskreditbank Steyr. Zur Finanzierung der in den außerordentlichen Haushalt 1988 aufgenommenen Vorhaben sind neben Entnahmen aus Rücklagen, Kapitaltransferzahlungen vom Land, Darlehen vom Wasserwirtschaftsfonds auch Darlehensaufnahmen bei Kreditinstituten vorgesehen. So werden für die im Finanzjahr 1988 geplanten Abwasserbeseitigungsprojekte ca. 16,5 Mill.

Schilling an Kapitalmarktdarlehen benötigt. Um jederzeit die geplanten und auch teilweise schon beschlossenen Ausgaben finanzieren zu können, wurden bereits am Beginn dieses Jahres Verhandlungen mit mehreren Kreditinstituten aufgenommen und diese um Erstellung von Darlehenspromessen ersucht. Die VKB Steyr, die Bank für Oberösterreich und Salzburg, die BAWAG Steyr und die österr. Länderbank legten daraufhin Promessen über Darlehensaufnahmen dem Magistrat der Stadt Steyr vor. Die VKB hat im Rahmen dieser Einladung das günstigste Angebot gemacht und ich bitte Sie, folgendem Antrag die Zustimmung zu geben:

9) Ha-601/88

Aufnahme eines Kommunaldarlehens bei der
Volkskreditbank Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Finanzierung der in den außerordentlichen Haushalt 1988 aufgenommenen Abwasserbeseitigungsprojekte wird dem Abschluß eines Darlehensvertrages mit der VKB Steyr über eine Summe von 16,5 Millionen Schilling, einer Laufzeit von 25 Jahren und mit den im Amtsbericht angeführten Konditionen genehmigt. Die Magistratsabteilung II wird ermächtigt, die näheren Darlehensbedingungen festzulegen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Antrag zustimmt? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Mein nächster Antrag behandelt ebenfalls eine Darlehensaufnahme. Hier ist der Sachverhalt etwas komplizierter als der vorherige. Es geht um folgendes: Im Jahre 1973 ist der Magistrat der Stadt Steyr an die Oö. Landeshypothekenbank, die Bank für Oberösterreich und Salzburg und die Oö. Landesbrandschadenversicherungsanstalt mit dem Ersuchen herangetreten, für die Errichtung der HAK, Hasch, HBLA und BBAK ein Darlehen zu gewähren. Nach längeren schwierigen Verhandlungen mit diesen Instituten wurde die Gewährung eines Konsortialdarlehens in der Höhe von insgesamt 40 Millionen Schilling vereinbart, wobei die Oö. Landeshypothekenbank 30 Millionen, die Bank für Oö. und Salzburg und die Oö. Landesbrandschadenversicherungsanstalt je 5 Millionen Schilling zur Verfügung stellt. Das Darlehen ist mit einem jährlichen Zinssatz von höchstens 18 Prozent verzinst. Kein Rechenfehler, kein Schreibfehler, damals wurden die Höchstgrenzen im Jahre 1973 mit 18 Prozent Kreditzinsen festgelegt. Eine Horrorziffer aus der heutigen Sicht betrachtet, wobei bis zu dieser Grenze die jeweilige Höhe des Zinssatzes nach Maßgabe der Geldmarktverhältnisse bestimmt wird. Die Laufzeit wurde mit 15 Jahren festgelegt. Die Zuzählung des Darlehens erfolgte vereinbarungsgemäß von 1975 bis 1977 entsprechend dem Baufortschritt der angeführten Bundesschulbauten. Zur Festlegung der zweckgemäßen Nutzung und auch der Finanzierung der Schulbauten wurden zwischen dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst und der Stadt Steyr Verträge errichtet, die auf Betreiben dieses Bundesministeriums durch mehrere Nachträge abgeändert bzw. ergänzt wurden. Unter anderem wurde die in der Zinsklausel ursprünglich vereinbarte Marge von 0,75 Prozent über der jeweiligen Sekundärmarkrendite der Bundesanleihen gemäß Tabelle der Mitteilungen der Österr. Nationalbank auf 0,5 Prozent und mit 1. 1. 1984 sogar auf 0,25 Prozent reduziert.

Ich darf mir ersparen, das Weitere vorzutragen. Es geht darum, daß jetzt eine Möglichkeit besteht, eine günstigere Finanzierung dafür zu erreichen. Es ist die VKB wieder bereit, ein entsprechendes Darlehen zu gewähren.

Ich darf daher um Zustimmung zu folgendem Antrag ersuchen:

10) Ha-1208/88

Abschluß eines Darlehensvertrages
mit der Volkskreditbank Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 8. 2. 1988 wird dem Abschluß eines Darlehensvertrages mit der Volkskreditbank Steyr über eine Darlehenssumme von S 15.979.427,25 mit einer Laufzeit von 4 1/2 Jahren und den im Amtsbericht angeführten Konditionen zugestimmt. Die Magistratsabteilung II wird ermächtigt, die näheren Darlehensbedingungen festzulegen.

Zur Aufklärung, 4 1/2 Jahre deswegen, weil die Laufzeit dieses Darlehens damit auch ausläuft und die Restfinanzierung über dieses Darlehen günstiger als bisher gestaltet werden kann.

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Die Firma Kraml ersucht in einem Antrag, den ich Ihnen zur Kenntnis bringe, um eine Gewerbeförderung.

Der Ewald Kraml GesmbH wurden mit GR-Beschluß vom 28. November 1985 gleichzeitig mit dem Verkauf eines Gewerbegrundstückes an der Ennser Straße für die Betriebsansiedlung Gewerbeförderungsmaßnahmen zugesichert, die eine Übernahme der Aufschließungskosten für das Gewerbegrundstück, eine Reduzierung der Kanalanschlußgebühr sowie einen Ansiedlungszuschuß in Höhe von S 1.200.000,- umfassen.

Dieser Ansiedlungszuschuß wurde in besonderer Würdigung des Umstandes, daß es sich bei diesem Betrieb um eine Neuansiedlung, sogar aus einem anderen Bundesland, handelt und die Schaffung von 100 Arbeitsplätzen zugesagt wurde, gewährt. Um die Einhaltung der im Zusammenhang mit dieser Förderung abgegebenen Zusagen auch zu gewährleisten, wurde die Auszahlung dieses Förderungsbetrages in zwei Raten vereinbart. Die erste Rate in Höhe von S 728.900,- sollte zur Abdeckung der bei Vertragsabschluß fälligen ersten Kaufpreisrate für das an der Ennser Straße gelegene Gewerbegrundstück verwendet werden. Der verbleibende Rest in Höhe von S 471.100,- sollte als 2. Rate erst ab 1. 1. 1988 zur Auszahlung gelangen, allerdings nur dann, wenn bis dahin nachweislich mindestens 100 Arbeitsplätze in Steyr geschaffen worden sind. Die Fa. Kraml teilte uns mit, daß sie bis zum genannten Abrechnungszeitraum 147 Arbeitnehmer beschäftigt und dies laut bielteliger Anmelde-Liste zur Sozialversicherung auch belegt. Es wurde daher der Antrag seitens der Firma Kraml gestellt, die vereinbarte zweite Auszahlungsrate zu gewähren.

Ich bitte Sie daher, nachstehendem Antrag die Zustimmung zu geben:

11) ÖAG-3791/85

Fa. Ewald Kraml GesmbH, Steyr;
Gewerbeförderung - 2. Rate.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. II vom 5. 2. 1988 ist der Ewald Kraml GesmbH die 2. Rate des mit GR-Beschluß vom 28. 11. 1985 zugesicherten Ansiedlungszuschusses in Höhe von S 471.100,- zu überweisen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind bei VA-St. 5/7820/776040.1 freizugeben.

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich kenne natürlich sehr genau diesen Förderungsvertrag, der von mir - das möchte ich gleich vorweg sagen - im November 1985 abgelehnt wurde. Es ist auch sehr eigentümlich, was da im Amtsbericht steht. Kollege Pimsl muß natürlich in Vertretung hier auch agieren und hat die Begründung genau so vorgetragen. Das scheint ja schon etwas komisch zu sein, der Ansiedlungszuschuß wurde gewährt, also die 1,2 Millionen Schilling, in besonderer Würdigung des Umstandes, daß es sich bei diesem Betrieb um eine Neuansiedlung sogar aus einem anderen Bundesland handelt. Das ist schon eine komische Begründung dafür, noch dazu ich würde sagen, das ist nicht ein Ansiedlungszuschuß, sondern ein Umsiedlungszuschuß, der einem Betrieb gewährt wird, der wenige hundert Meter von unserer Stadtgrenze entfernt, nämlich in Haidershofen, tätig war. Durch diese Umsiedlung sind ja auch an die 80 oder 100 Arbeitsplätze - ich weiß das nicht so genau, das steht ja nicht im Amtsbericht - dort verloren gegangen. Aber ich möchte vielleicht doch ergänzen, weil das ist im Antrag auch nicht drinnen gestanden und Kollege Pimsl hat es auch nicht vorgetragen, die insgesamt Förderung für die Fa. Austria-Naht, so heißt sie ja jetzt, - die Förderungszustimmung war ja für Ewald Kraml - beträgt nämlich schon bei der Grundpreisermäßigung, wenn man das durchrechnet, wie wir ihn gekauft haben bzw. weitergegeben haben, allein um eine Förderung von 3 Millionen Schilling. 2., das ist erwähnt worden, die Kanalanschlußgebühr wurde in dem Fall von S 100,- auf S 30,-, also auf mehr als ein Drittel reduziert. Da schaut mich schon wieder so ein Häuslbauer an, man müßte ihn oder andere fragen, die auch ihre Wohnverhältnisse dadurch gelöst haben, indem sie ein Eigenheim gebaut haben, wieviel ihnen die Stadt nachgelassen hat bei der Anschlußgebühr. Als Umsiedlungszuschuß, das habe ich schon erwähnt, nur von Haidershofen an die Ennser Straße wird mit dem heutigen Beschluß die zweite Rate gewährt. Die KPÖ-Fraktion vertritt auch heute wieder den Standpunkt, diese Förderungsmaßnahmen stehen im Widerspruch der einstimmig beschlossenen Gewerbeförderungsmaßnahmen, die im Entwicklungskonzept der Stadt Steyr festgelegt sind. Das soll man nicht vergessen. Entweder haben wir gemeinsam Richtlinien für die Wirtschaftsförderung festgelegt - darüber gibt es einen einstimmigen Beschluß - oder man muß ihn aufheben, denn so geht es nicht. Das ist sicherlich nicht eine Attacke gegen einzelne Unternehmungen, noch dazu österreichische oder Steyrer. Bei Kraml handelt es sich ja um einen Betrieb, der früher in Münichholz ansässig war. In der Gemeinderatsitzung, die schon angezogen wurde, vom 28. 11. 1985 sagte damals Vizebürgermeister Wippersberger zur Förderungsbeschlußfassung unter anderem in der Erwiderung - ich sage das gleich, denn es wird vielleicht wieder kommen heute von Kollegen Pimsl. Er sagte damals, ich darf Dir sagen, auch wir, die sozialistische Fraktion, da darf ich den Herrn Bürgermeister und alle von der SPÖ einschließen, sind da nicht freudigen Herzens dabei. Das war seine Feststellung. Gewerbeförderung ist überhaupt nicht Angelegenheit der Stadt, sondern hier wären besonders der Bund und das Land zuständig. Das sagte Wippersberger. Er sagt dann weiter, wir übernehmen hier also Dinge, die uns eigentlich gar nichts angehen würden. Die KPÖ-Fraktion wird dieser zusätzlichen Förderung nicht die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Wieser bitte.

GEMEINDERAT WOLFGANG WIESER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Firma Kraml war ursprünglich ein Steyrer Betrieb, sie hat in Steyr begonnen mit ca. 20 Mitarbeitern. Sie ist dann durch die Vergrößerung nach Haidershofen

gezogen, weil damals die Förderung in Haidershofen besser war wie in Steyr. Das war mit ein Grund. Die Fa. Kraml hat sich dann vergrößert auf 80 Mitarbeiter und ist vor dem Entschluß gestanden, den Betrieb in Haidershofen auszubauen oder in Steyr einen Neubau zu errichten. Der Neubau war sicher nicht die billigere Lösung, die die Firma Kraml für sich getroffen hat. Die Förderung, die die Firma Kraml erhalten hat und noch bekommt, war die beste Investition, die die Stadt machen konnte, denn die Firma Kraml beschäftigt jetzt schon 147 Mitarbeiter statt 80 in Haidershofen. Sie zahlt jetzt fast 1 Million Schilling jährlich an Lohnsummensteuer, hat hauptsächlich Frauenarbeitsplätze anzubieten und fast die ganze Produktion geht in den Export. Das sind sicher Vorteile, die für die Förderung sprechen. Die Gemeinde muß Anreize schaffen, um neue Betriebe und möglichst viele Betriebe nach Steyr zu bekommen. Sie muß aber auch Maßnahmen setzen, um Steyrer Betriebe zu halten. Die Arbeitsplätze schafft nur die Wirtschaft, wer sonst?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Ramoser ist der Nächste bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Kollege Wieser hat das richtig geschildert, die Firma Kraml war eine Steyrer Firma und ist dann nach Haidershofen gezogen, weil es eine Förderung gibt oder gab, die sich Förderung des Grenzlandgebietes nannte. Es ist eine Praktik einer Firma, natürlich so viel wie möglich vom Staat an Geldern herauszuholen, wenn es möglich ist. Wenn diese Firma Kraml, eine ehemalige Steyrer Firma, überwechselt nach Haidershofen, also in ein anderes Bundesland, obwohl das nur 6 km entfernt ist, und dadurch diese Grenzlandförderung in einem sehr großen Ausmaß bekommt, natürlich dort dann neue Arbeitsplätze schafft und nach Abschluß dieser Förderung, die auf eine bestimmte Zeit befristet war, natürlich sich wieder eine neue Quelle sucht, eine neue Förderungsmöglichkeit sucht, und die dann wieder in Steyr vorfindet. Ich glaube, daß diese Förderungen für jede Firma interessant sind. Ich kann mir auch vorstellen, daß sich Kollege Wieser Gedanken dabei gemacht hat, mit seinem Betrieb auch diese Wechselbäder zu nehmen, um natürlich dadurch zu profitieren. Das ist ja ganz klar, wenn das gegeben wird. Für mich ist es sehr bedenklich, wenn der Staat bei solchen Transaktionen zuschaut und immer wieder neue und größere Förderungen gibt. Man sollte doch versuchen, diese Firmen in den jeweiligen Orten zu halten und dort eine einmalige Förderung zu geben, weil jede andere Firma wäre dumm, ihren ständigen Sitz auf ein und demselben Ort auf längere Zeit zu belassen.

Darum glaube ich wäre es sinnvoll, Absprachen zu führen zwischen Stadt, Land, Bund und anderen Bundesländern, damit solche Sachen in Zukunft nicht mehr passieren können. Es ist auch für die Firma Kraml ganz klar, daß sie in ihrer Bekleidungsindustrie Frauen beschäftigt. Frauen, die zum Teil sehr sehr wenig verdienen und dadurch natürlich dieser Firma unheimlich viele Möglichkeiten gegeben werden, sich gerade am internationalen Sektor halten zu können.

Doch bitte bedenken wir, auch ich war einmal Arbeiter und ich weiß ganz genau, was es heißt, irgendwo im Akkord zu arbeiten und der Akkordlohn rechtfertigt nicht mehr die Leistung, die ich gebracht habe. Ich glaube, man müßte auch versuchen, Arbeitsplätze zu schaffen, wo noch der Mensch zählt, wo noch der Mensch nach seiner Leistung bezahlt wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Noch jemand? Nicht der Fall, ich bitte daher um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sicher schafft die Wirtschaft Arbeitsplätze und die Wirtschaft sind wir alle. Das ist ein Slogan der Wirtschaft und den möchte

ich zum Beitrag des Kollegen Wieser hervorkehren. Ich meine, daß die Privatinitiative eines Einzelnen durchaus aner kennenswert und auch bemerkenswert groß ist, daß aber durch die Wirtschaftsförderung, gleich welcher Stelle, es erst ermöglicht wird, verschiedene wirtschaftliche Überlegungen tatsächlich umzusetzen. Ich bin nicht der Auffassung der Kollegen Trem l und Ramoser, die einerseits - vor allem Kollege Ramoser - fordern in einem vorherigen Beitrag, man möge mehr österreichische Firmen fördern. Die Firma Kraml war zumindest, ob sie es jetzt noch ist, das weiß ich nicht, eine österreichische Firma. Andere Gemeinden wie die Gemeinde St. Ulrich oder andere Umlieg ergemeinden schätzen sich sehr glücklich, in ihr Gemeindegebiet einen Betrieb aus Steyr zu bekommen, weil sie wissen, daß damit verschiedene Vorteile für die Kommune verbunden sind. Wenn wir im Amtsbericht dasselbe hervorkehren und vermerken, dann glaube ich, ist der Vor gang 1 : 1 gleich. Wir können uns durchaus glücklich schätzen, wenn das auch von Kollegen Trem l das als Umsiedlungszuschuß, als Subvention, betrachtet wird. Fest steht eines, daß die Firma Kraml heute in Steyr ist, daß die Firma Kraml Steuern bezahlt, daß dort 140 Leute Beschäftigung finden. Ich will gar nicht bestreiten, daß in dieser Branche nicht sehr viel bezahlt wird, aber immerhin verdienen dort ca. 140 Leute und die beleben auch wieder die Wirtschaft in Steyr, wie es mit Sicherheit anzunehmen ist.

Es ist daher in meinen Augen nicht sehr korrekt, wenn man immer wieder andere Argumente zum gleichen Thema verwendet. Ein bißchen mehr müßte man da schon die Dinge objektivieren. So wie Du es machst, lieber Freund Ramoser, kann man sicher lich vor der eigenen Fraktion und bei einigen Sympathisanten Anerkennung finden. Nur glaube ich, daß man damit nicht jene Bevölkerungskreise - und das ist die überwiegende Mehrheit - überzeugen kann, die die Dinge sehr wohl objektiv betrach ten und die wissen, daß die Gemeinde nicht, um sich mit fremden Federn zu schmücken oder um sagen zu können, wir haben von Niederösterreich einen Betrieb abgeworben oder von einer anderen Gemeinde, sondern wir betrachten es als unsere Aufgabe, auch wenn es vom Gesetz her nicht unsere Aufgabe wäre. Wir erkennen diese Aufgabe im Dienste unserer Bevölkerung und darum machen wir das. Wir werden es auch wei terhin im Rahmen unserer Möglichkeiten tun, das versichere ich Ihnen, ob Sie da mit einverstanden sind oder nicht. Wir glauben, daß diese unsere Arbeit richtig ist und im Interesse der Bevölkerung liegt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegen stimme (KPÖ) angenommen.

Damit ist die Berichterstattung des Kollegen Pimsl erledigt. Ich bitte nun Kol legen Holub.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe einen Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen. Er betrifft die Jahressubvention 1988 an den Fremdenverkehrsverband Steyr. Als Funktionär des Fremdenverkehrsverbandes und als Fremdenverkehrsreferent habe ich mich zu bedanken bei der Stadt für die Möglichkeit, diesen Antrag vorzulegen, weil er eine wesentliche Erhöhung der Mit tel für den Fremdenverkehrsverband darstellt. Diese Mittelverwendung soll dazu dienen, die Dienstleistungssparte in der Stadt, speziell den Sektor Fremdenver kehrswesen, weiter voranzutreiben und zu stärken. Der Amtsbericht lautet auf Frei gabe von S 1.200.000 Schilling, wovon S 400.000,- als Personalkostenstützung in den Büchern der Stadt verbleiben und S 800.000,- an Subvention freigegeben werden sollen, und zwar in zwei gleichen Raten zu je S 400.000,-. Die erste am 15. März und die zweite am 15. August 1988. Ich bitte, mir die Verlesung des Antrages nach zusehen und bitte, darüber abstimmen zu lassen.

12) Ha-384/88

Fremdenverkehrsverband Steyr; Jahressubvention 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 28. 1. 1988 wird dem Fremdenverkehrsverband Steyr für das Jahr 1988 eine Subvention in Höhe von S 1,200.000 gewährt, wobei S 400.000,- für Personalkosten einbehalten werden. Der Restbetrag in der Höhe von S 800.000,- ist in zwei gleichen Raten zu je S 400.000,- am 15. März und 15. August 1988 auszubezahlen.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 1,200.000,- (eine Million zweihunderttausend)

bei VSt 1/7710/757000.0 freizugeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Zagler bitte.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren, ein Subventionsansuchen soll für mich jetzt dazu dienen, hier in diesem Raum die Tätigkeit des Fremdenverkehrsverbandes, seiner Funktionäre und Mitarbeiter ein bißchen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Vor Jahren wurde der Fremdenverkehrsverband, der eine Abteilung im Steyrer Rathaus gewesen ist, verselbständigt und führt seither ein von uns entferntes, aber nicht finanziell unabhängiges Dasein. Ich melde mich vor allem deswegen hier zu Wort, weil, wer über den Fremdenverkehr sich bislang informierte, war mehr oder minder auf Pressemeldungen angewiesen. Ich kann mich erinnern, es ist noch gar nicht so lange aus, es gab eine ganzseitige Einschaltung in den Öö. Nachrichten in einer Sonderbeilage Steyr, wo der Fremdenverkehr und das Fremdenverkehrsmanagement in Steyr besonders mies heruntergemacht worden sind. Ich möchte auch das ein bißchen in dem Zusammenhang zurechtrücken. Sicherlich muß man die Arbeit, die in diesem Haus im Parterre geleistet wurde, kritisch betrachten und aus dem Blickwinkel betrachten, daß die finanziellen Möglichkeiten des Fremdenverkehrsverbandes auch gewaltige Leistungen nicht erwarten lassen. Aber es ist genügend Engagement auch bisher vorhanden gewesen, darüber konnten sich die Teilnehmer an der gestrigen Vollversammlung des Fremdenverkehrsverbandes auch überzeugen. Daß natürlich dort, wo gearbeitet wird, auch hin und wieder kleine Pannen passieren, sei der Vollständigkeit halber erwähnt. Trotzdem konnte man auf erfreuliche Bilanzen verweisen. Während in Oberösterreich - auch das entnehme ich den Tageszeitungen, die Kronen-Zeitung und auch andere Zeitungen waren in den letzten Tagen damit gefüllt - der Fremdenverkehr sehr kritisiert wird, dem Fremdenverkehr Konzeptlosigkeit vorgeworfen wird und schlechtes Management vorgeworfen wird, hat sich wider der Entwicklung in unserem Bundesland der Steyrer Fremdenverkehr positiv entwickelt. Die Nächtigungsziffern sind von 59.000 auf 62.000 gestiegen - nicht imposant, aber immerhin. Stadtführungen, ein Rekordergebnis von 822 im abgelaufenen Jahr, die mit zeigen, wie wertvoll die Aktivität der Landesausstellung für die Fremdenverkehrsbelange gewesen ist. Aber auch die Infrastruktur im Fremdenverkehr selbst hat sich gebessert. Die Hotelbettenkapazität wurde erweitert, das Hotel Ibis hat wieder den Betrieb aufgenommen, im Schwechaterhof wurden Fremdenzimmer eingerichtet. Aber auch auf privater Ebene sind noch einige bemerkenswerte Dinge diesbezüglich vorhanden. Auch die Wiederbelebung des Restaurants im Taborgebäude sollte ein zusätzlicher Beitrag sein. Ich möchte aber jetzt nicht nur in der Vergangenheit herumreden, sondern ich möchte auch ein wenig in die Zukunft des Fremdenverkehrsverbandes hineinschauen und will Ihnen auch, - wie zumindest aus der Presse bekannt ist, hat es etwas Einmaliges gegeben im Fremdenverkehrsverband Steyr. Einmalig deswegen, weil die Position des neuen Fremdenverkehrsgeschäftsführers öffentlich ausgeschrieben wurde. In einer Auswahl von mehr als 20 Bewerbern, so sind wir die Beteiligten überzeugt, haben wir den von uns Besten herausgefunden und, vor allem was auch bemerkenswert ist, zu einer Zeit wurde diese Nachfolgefrage entschieden,

die man wirklich als rechtzeitig anerkennen muß, damit die Arbeit nicht durch eine Lücke unterbrochen wird, sondern daß hier auch Kontinuität möglich ist. In dem Zusammenhang auch der Dank, den Vizebürgermeister Holub schon ausgesprochen hat, von meiner Seite. In einer Zeit, wo die Finanzen der Stadt sicherlich nicht rosig sind, eine Erhöhung des Budgetrahmens gerade für den Fremdenverkehr durchzuführen, ist eine besondere Leistung des Steyrer Gemeinderates. Ich weiß nicht, wie die kleineren Fraktionen dazu Stellung beziehen werden, aber auch hier handelt es sich wieder um eine Subvention, die wieder der Wirtschaft und damit uns allen zugute kommt. Ich will in diesem Zusammenhang nämlich eines hervorstreichen. Wenn wir hier Subventionen behandeln und beraten, sollen wir immer von einer Überlegung ausgehen. Nicht wer die Subvention bekommt, sondern dient die Subvention dazu, die Infrastruktur und damit die Zukunft zu verbessern, oder dient die Subvention dazu, irgend jemandem irgendwo zusätzliche Einkommen zu verschaffen.

Aus diesem Blickwinkel heraus müßte man die Subventionen kritisieren, aber nicht danach, welches Unternehmen hier eine Subvention bekommt oder nicht. Ich glaube, die Sinnhaftigkeit ist dort gegeben, wo man in zukünftige Strukturen verbessernd eingreifen kann. Das meine ich, trifft auch für den Fremdenverkehr zu. Wir haben trotz dieser Erhöhung in der Subvention trotzdem eine Vorbelastung, die wir aus dem vergangenen Rechnungsabschluß mitschleppen, der an die S 200.000 beträgt, womit der Abgang des vorigen Jahres und einige andere Posten, letztlich auch die Abfertigung des ausscheidenden, in Pension gehenden bisherigen Geschäftsführers betrifft. Nicht nur, auch das sollte in dem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß die Gemeinde den Beitrag für die Fremdenverkehrsaktivitäten erhöht. Auch dazu - das wurde in der Vollversammlung bereits berichtet und beschlossen - ist der Beitrag der Wirtschaft unabdingbar. Es wurde bisher schon in Form der Interessentenbeiträge die Wirtschaft zur Kasse gebeten und wir das in verstärkter Form machen müssen, um eben dem Fremdenverkehrsverband die Hände so freizumachen, daß eine sinnvolle Arbeit ermöglicht ist.

Ich sage das deshalb hier in diesem Rahmen auch, weil in manchen Kreisen der Wirtschaft Unverständnis herrscht über diese Interessentenbeiträge, vor allem in Bereichen, wo Unternehmer keinen unmittelbaren Nutzen für den Fremdenverkehr für das eigene Unternehmen ableiten. Wie kann man dem Installateur erklären, wie kann man dem Möbelhändler erklären, daß er Fremdenverkehrsinteressierter zu sein hat und damit zu Beitragsleistungen herangezogen werden muß? Es hat der künftige Fremdenverkehrsgeschäftsführer, Herr Neubaur, bei seiner Eröffnungsrede darauf hingewiesen, daß auch alle diese Unternehmungen in einer Wirtschaftsregion einen mittelbaren Nutzen aus dem Fremdenverkehr ziehen, weil das Geld, das im Fremdenverkehr umgesetzt wird, auch wieder wirtschaftsbelebend eingesetzt wird. Hier müssen wir sicher an Aufklärungsarbeit zulegen, um das den Wirtschaftstreibenden plausibel machen zu können.

Schließlich ist noch etwas in dem Zusammenhang zu erwähnen, die Fremdenverkehrsgesinnung. Gab es vor etlichen Jahren keine nennenswerte Fremdenverkehrsgesinnung in unserer Stadt, so kann ich mit Freude feststellen, daß diese in zunehmendem Maß begriffen ist und daß wir auch hier weiterarbeiten müssen, dem Gast gastfreundschaftlich entgegen zu kommen, ohne dabei die Probleme der Beschäftigten in dieser Branche zu übersehen. Andererseits aber dürften die Beschäftigten in dieser Branche die Wünsche der Gäste und Fremden und deren Notwendigkeiten nicht erkennen und beachten. Wenn ich hier an die Gastronomie denke mit ihren oftmals sehr gästeinfreundlichen Öffnungszeiten. Auch das ist ein wunder Punkt des Steyrer Fremdenverkehrs, daß der Stadtplatz am Sonntag faktisch gastronomieleer und bald auch autoberuhigt da liegt.

Ein anderes Problem abschließend ist die Positionierung des Fremdenverkehrs der Stadt in den Medien. Da ist halt die Bitte, obwohl es schwer ist, weil die Negativmeldungen auch das Image einer Stadt prägen, wenn immer von Krisenregion, Krisenstadt, Arbeitslosigkeit und anderem die Rede ist, dann fehlen die positiven Meldungen, die auch wieder zum Gästezustrom beitragen. Denn wer fährt denn gerne

in eine Stadt, in der der Pleitegeier drüberschwebt. Da mitzuhelfen, positive Meldungen herauszubringen, das wäre auch ein Appell an die Medien. Im großen und ganzen muß ich sagen, ich habe diesen Beschluß, der hoffentlich gefaßt wird, dazu benutzt, auch im Gemeinderat die Aktivitäten des Fremdenverkehrs vorzutragen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Zagler für seinen Diskussionsbeitrag. Ich darf sagen, daß ich auch glaube, daß die Fremdenverkehrswirtschaft im Wandel der Struktur eine besondere Beachtung verdient auch künftighin. Ich möchte besonders hervorheben, daß wir - so glaube ich - unsere Kulturgüter, mit denen wir wirklich reich gesegnet sind, mehr als bisher in den Dienst dieser Aktivitäten stellen. Dazu dient natürlich auch die Strukturverbesserung im musealen Bereich, die sich jetzt ergibt usw. Ich darf also versichern, das ist die Absicht aller im Gemeinderat vertretenen Funktionäre, daß die Gemeinde den Bereich Fremdenverkehr auch künftighin, wenn ich das so ausdrücken darf, nicht im Regen stehen lassen wird. Wünscht noch jemand zu sprechen? Ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ein ganz kleines Schlußwort sei mir noch gestattet. Aus Gründen der Solidarität im Fremdenverkehrsvorstand möchte ich auch hier unterstreichen die Notwendigkeit, auch die Interessentenbeiträge seitens der Wirtschaftstreibenden hier in der Stadt vermehrt zu leisten. Ich möchte auch von hier aus als Fremdenverkehrsreferent der Stadt die Wirtschaftstreibenden in der Stadt um sehr viel Verständnis ersuchen für die Überraschungen, die ihnen am Erlagscheinweg zugehen werden. Wir wollen im Fremdenverkehr zum Wohl unserer Bürger und zum Wohl der allgemeinen Kauf- und Finanzkraft in der Stadt einige Schritte weiterkommen. Die Stufen, die wir dabei zu erglimmen haben, kosten halt Geld. Die Stadt leistet ihren Beitrag und ich hoffe, daß die Wirtschaft dafür Verständnis haben wird, daß auch sie ihren Beitrag leisten muß. Natürlich werden die Direktinteressenten, also die Gastronomiebetriebe, in erster Linie mehr belastet werden. Ich kann nur ersuchen von hier aus die Mitbürger der Stadt, so wie Kollege Zagler, um ein vermehrtes oder besseres Gästebewußtsein ständig zu ringen, den Gast nicht als störendes Element zu empfinden, sondern - so wie es eben heißt - als Gast und die Wirtschaft im allgemeinen, auch nicht direkt betroffene Branchen, doch unsere Steyrer Wirtschaft als Ganzes zu sehen. Denn wie heute schon zweimal angeführt, die Wirtschaft sind wir alle, also auch die Fremdenverkehrswirtschaft.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Ein einstimmiger Beschluß liegt vor.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich nehme eine kleine Umstellung der Tagesordnung vor. Ich bin gebeten worden um ein Interview. Anstelle des Kollegen Schloßgangl wird Kollege Holub berichten. Die Tagesordnungspunkte, die im Referat Schloßgangl sind, werden am Schluß der Verhandlungsgegenstände abgeführt, damit Kollege Holub in seiner Vorsitzführung, der er jetzt übernimmt, nicht gehindert ist.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz, wünsche dem Bürgermeister ein gutes Interview und bitte als nächsten Berichterstatter die Kollegin Ehrenhuber zum Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHREHUBER:

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen einen Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen. Dieser lautet:

13) Buch-3981/86

Umbau Zentralaltersheim; Mittelfreigabe 1988; Ergänzung der GR-Beschlüsse vom 24. 9. 1987 und des StS-Beschlusses vom 22. 10. 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschlüssen vom 24. 9. 1987 und Stadtsenatsbeschluß vom 22. 10. 1987 wurden für den Umbau im Zentralaltersheim Mittel im Ausmaß von insgesamt 2,643.424,- Schilling freigegeben. Da bisher lediglich S 1,793.742,21 zur Anweisung gebracht wurden, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 2. 2. 1988 zur Begleichung der Restzahlungen der Betrag von

S 850.000,-- (achthundertfünfzigtausend)

bei VSt 5/4200/010170.0 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Wie ich erkennen kann, ist das nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer ist gegen diesen Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Das ist nicht der Fall. Auch keine Stimmenthaltung, somit einstimmig angenommen.

Ich danke der Kollegin Ehrenhuber für die Berichterstattung. Nächster Berichterstatter ist Kollege Stadtrat Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

In meinem ersten Antrag geht es um die Akontierung der von der Gemeinde zu leisteten Verlustersätze für die Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn für das Jahr 1987. Der Antrag lautet:

16) ÖAG-707/88

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn; Verlustersätze 1987 - Akontozahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. Februar 1988 wird den Stadtwerken Steyr eine Akontozahlung in der Höhe von S 6,000.000,- auf die durch die Stadt Steyr zu leistenden Verlustersätze 1987 für die Teilbereiche Stadtbad und Kunsteisbahn gewährt, wobei diese in monatlichen Raten, beginnend mit März 1988, zu je S 2,000.000,- zu leisten sind. Die Überweisung des Differenzbetrages zu den tatsächlichen Verlustersätzen 1987 hat erst nach Genehmigung der Bilanz der Stadtwerke Steyr durch den Gemeinderat der Stadt Steyr zu erfolgen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 6,000.000,-- (sechs Millionen)

werden bei der VA-St. 1/8790/759200.5 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Antrag steht zur Diskussion. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. bei der Abstimmung bitte ich um Aufmerksamkeit, jetzt wird es wieder

etwas anders. Wer diesem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben? Die Gegenprobe? Stimmenthaltung? Keine. Einstimmig angenommen, ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um Refundierung von Ausgaben für die Überprüfung der Trinkwasserqualität und diversen anderen Ausgaben im Brunnenschutzgebiet. Der Antrag lautet:

17) ÖAG-2086/84

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Brunnenschutzgebiet;

Refundierung von Ausgaben für 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 22. 1. 1988 wird zur Refundierung von Ausgaben für das Brunnenschutzgebiet im Jahre 1987 der Betrag von S 707.579,92 bewilligt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 707.600,- (siebenhundertsiebentausendsechshundert)

werden bei VSt 1/8790/728000.7 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Antrag wurde vernommen. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall, somit einstimmig angenommen. Bitte den nächsten Antrag.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um den Ankauf des Jahresbedarfes an Sphärogußrohren und Formstücken. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

18) ÖAG-946/88

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Gas- und Wasserwerk; Jahresbedarf

1988 an Sphärogußrohren und Formstücken.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 1. 2. 1988 wird zur Deckung des Jahresbedarfes an Sphärogußrohren und Formstücken für das Gas- und Wasserwerk der entsprechende Auftrag der Firma VÖEST Alpine Rohstoffhandels-GesmbH, Salzburg, zum Gesamtpreis von S 4,529.014,- exkl. MWSt. übertragen.

Ich bitte auch hier um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke für den Vortrag. Kollege Zöchling bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werte Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf Ihnen vier Anträge zur Beschlußfassung vorlegen. Der erste Antrag beinhaltet die Stornierung eines Kaufvertrages. Der Antrag lautet:

19) ÖAG-6111 /83

Hans Peter Wögerer, Steyr, Stornierung des
Kaufvertrages vom 12. 7. 1984 - Wiederkaufsrecht.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Stornierung des mit Herrn Hans-Peter Wögerer am 12. 7. 1984 abgeschlossenen Kaufvertrages über das Grundstück 1576/3 im Gesamtausmaß von 6.283 m² unter Rück-
überweisung desselben an die Stadt Steyr in Ausübung ihres Wiederkaufsrechtes
wird zugestimmt. Der im Zuge dieser Maßnahme rückzuzahlende Kaufpreis in Höhe
von S 834.944,- wird als Kreditüberschreitung bei VA. St. 5/8400/722000.0 be-
willigt. Die Deckung erfolgt durch Darlehensaufnahme. Sämtliche Kosten der Rück-
überweisung hat Herr Wögerer zu tragen.

Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Antrag steht zur Debatte. Kann ich Wortmeldungen verzeichnen? Das ist nicht
der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthal-
tung? Auch nicht, daher einstimmig angenommen. Die nächsten zwei Anträge betref-
fen Instandsetzungsarbeiten auf der Ennsleite. Der erste Antrag lautet:

20) GHJ2-5241/87

Gemeindeeigenes Objekt Karl Marx-
Straße-2;-Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 25. 1. 1988 werden zur Durchführung von
Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten am gemeindeeigenen Objekt Steyr, Karl-
Marx-Straße 2 folgende Aufträge vergeben:

1) Baumeisterarbeiten: Fa. Prameshuber, Steyr, zum Preis von	S 295.897,- o.MWSt.
2) Malerarbeiten: Fa. Seywaltner, Steyr, zum Preis von	S 102.400,- o.MWSt.
3) Bautischlerarbeiten: Fa. Hackl, Steyr, zum Preis von	S 28.260,- o.MWSt.
4) Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Kammerhofer, Steyr ,
zum Preis von	S 23.409,70 "
5) Spenglerarbeiten: Fa. Faatz, Steyr, zum Preis von	S 60.080,-- "
6) Gartenzaunherstellung: Fa. Weidinger, zum Preis von	S 11.500,-- "

Zum genannten Zweck wird der Betrag von
S 52.000,-- (fünfhundertzweiundzwanzigtausend)
bei VSt 5/8460/01000.5 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Frau Kollegin Wieser bitte.

GEMEINDERAT CHRISTINE WIESER:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Gestatten Sie mir zum vorliegenden Antrag einige grundsätzliche Aussagen. Es
ist sicherlich wichtig, bei älteren Gebäuden Erhaltungs- und Instandsetzungsar-
beiten an den Außenfassaden durchzuführen. Mindestens ebenso wichtig wäre es aber,
an Objekten mit Substandardwohnungen, wie Marxstraße, Schubertstraße, die Wohnun-
gen selbst zu verbessern, indem man endlich das Wasser einleitet und sanitäre
Anlagen einbaut. Die Kosten dieser Sanierung wird man anhand der Bewohnerstruktur
natürlich nicht über die Miete weiterverrechnen können. Die Investitionen aber
würden auf jeden Fall den Gebäude- und Anlagenwert erhöhen und den Mietern ein
menschwürdigeres Wohnen ermöglichen. Vielleicht kann man dadurch auch in Zu-
kunft eine Änderung der Struktur erreichen.

Zu den Mieten selbst darf ich sagen, daß diese für Substandardwohnungen nicht

einmal so gering sind, wenn man den Quadratmeterpreis von nicht ganz S 18,- mit anderen Altbauwohnungen vergleicht, die zwar auch keine Luxusbehausungen sind, wo aber immerhin eine Dusche vorhanden ist. Hier bewegt sich der Quadratmeterpreis zwischen rund S 20,- und S 30,-. Im Amtsbericht vom 31. August 1987, ebenfalls das Objekt Marxstraße 2 betreffend, heißt es: Das Objekt Marxstraße 2 ist für das Rechnungsjahr 1988 als Generalsanierungsprojekt vorgesehen. Ich hoffe, daß damit nicht nur eine Außenrenovierung sondern auch die Innensanierung gemeint ist. Sinngemäß gilt das gleiche auch für den nächsten Antrag Schubertstraße 3.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für den Beitrag. Gibt es sonst noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werte Kollegen, ich darf Ihnen sagen, daß wir bei den Altbausanierungen in unseren Objekten nicht nur auf der Ennsleite, sondern auch am Tabor, aber vor allen Dingen auch in der Haratzmüllerstraße bemüht sind, Verbesserungen nicht nur außen, sondern auch innen durchzuführen. Sie wissen ja, wir versuchen, bei diesen Wohnungen unsere älteren Mitbewohner herauszunehmen in die neuen Pensionistenwohnungen. Es ist dort sehr schwierig, Mieter zu bekommen, die unter Umständen einen höheren Mietzins bezahlen können. Wir versuchen aber schon, Wohnungszusammenlegungen durchzuführen, eventuell auch ein Bad einzubauen etc. Das ist sicher auch in unserem Interesse, im Interesse der Liegenschaftsverwaltung. Ich glaube, daß wir das auch hier auf Nr: 2 und 3 in der nächsten Zeit bewältigen können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Zöchling für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste gleichlautende Antrag ist für das Objekt Schubertstraße 3. Der Antrag lautet:

21) GHJ2-5242/87

Gemeindeeigenes Objekt Schubertstraße 3;
Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 22. 1. 1988 werden zur Durchführung von Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten am gemeindeeigenen Objekt Steyr, Schubertstraße 3, folgende Aufträge vergeben:

1) Baumeisterarbeiten: Fa. Negrelli, Steyr, zum Preis von	S 193.527,- o.MWSt.
2) Malerarbeiten: Fa. Seywaltner, Steyr, zum Preis von	S 102.400,- o.MWSt.
3) Bautischlerarbeiten: Fa. Hackl, Steyr, zum Preis von	S 22.050,- o.MWSt.
4) Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Kammerhofer, Steyr, zum Preis von	S 30.644,30 "
5) Spenglerarbeiten: Fa. Faatz, Steyr, zum Preis von	S 55.380,-- "
6) Gewichtsschlosserarbeiten: Fa. Tuma, Steyr, zum Preis von	S 12.925,-- "

Zum genannten Zweck wird der Betrag von
S 417.000,-- (vierhundert-sieb-zehntausend)
bei VSt 5/8460/01000.5 freigegeben.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen oder Wortmeldungen? Keine Wortmeldung? Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der letzte Antrag lautet:

22) Bau3-1013/83

Übernahme der Klingschmiedgasse und Kühberggasse in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme der Klingschmiedgasse, Parzelle 1337 und der Kühberggasse, Parzelle 1336, je KG Jägerberg, als Ortschaftswege in das öffentliche Gut wird zugestimmt.

Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Wer ist für den Antrag, bitte um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Enthaltung? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

In Ermangelung des nächsten Berichterstatters unterbreche ich die Sitzung für ca. 10 Minuten.

Pause von 16.45 - 16.55 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir haben noch zwei Tagesordnungspunkte zu behandeln. Anstelle von Kollegen Schloßgangl bitte ich Kollegen Holub um die Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB anstelle des abwesenden Stadtrates Ing. Schloßgangl:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, Kollegen Schloßgangl zu vertreten und zwei Anträge in seinem Namen vorzulegen. Der erste betrifft Mittelfreigabe und Kreditüberschreitung beim Projekt Nebensammler 5, 6, 7, 8 in Steyr-Weinzierl. Am 12. 5. 1987 hat der Gemeinderat die entsprechenden Beschlüsse gefaßt, am 10. 9. 1987 hat der Stadtsenat eine Auftragerweiterung um S 99.500,- beschlossen. Außerdem wurden 80 Prozent der für das Projekt erforderlichen Grundeinlösen mit einer geschätzten Summe von S 54.000,- bewilligt. In Summe hat das also S 2.414.251,13 ergeben. Der gegenständliche Antrag ist einer von denen, die den Rechnungsab-schluß 1987 verändern, weil nämlich zufolge später Rechnungslegung und zufolge späten Baubeginnes nicht die gesamte freigegebene Summe verbaut werden konnte. Nämlich nur S 1.407.440,- exkl. USt. Es ist somit noch ein Betrag von S 1.006.811,13 exkl. MWSt. freizugeben, und zwar in Form einer Freigabe von S 600.000,- und einer Kreditüberschreitung von S 407.000,- bei der im Antrag genannten Voranschlagsstelle.

14) Bau6-6613/86

Kanalisation NS 5, 6, 7, 8 Steyr-Weinzierl; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 12. 5. 1987 und des StS-Beschlusses vom 10. 9. 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 12. 5. 1987 wurde der Auftrag zur Errichtung des NS 5, 6, 7 und 8 des Kanalprojektes Weinzierl an die Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preis von S 2.260.751,13 exkl. MWSt. übertragen und mit StS-Beschluß vom 10. 9.

1987 einer Auftragserweiterung um S 99.500,- exkl. MWSt. und einer Mittelfreigabe in Höhe von S 54.000,- exkl. MWSt. zur Begleichung von 80 Prozent der Grund-

einlösen zugestimmt. Da bisher lediglich Mittel im Ausmaß von S 1.407.440,- zur Auszahlung gelangten, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 27. 1. 1988 der Freigabe der restlichen Mittel in der Höhe von S 1.006.811,13 exkl. MWSt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 600.000,-- (sechshunderttausend)

bei der VSt 5/8110/050410.8 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in der Höhe von

S 407.000,-- (vierhundertsiebentausend)

bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, die Abstimmung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu dem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie für den Antrag sind? Danke. Dagegen? So beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der zweite Antrag, den ich vorzulegen habe, betrifft den Nebensammler Stelzhamerstraße und den Nebenkanal Sarninggasse im Zuge der Kanalisation Reichenschwall-Pyrach. Der erste Bauabschnitt Stelzhamerstraße und Sarninggasse wurde nach GR-Beschluß vom 24. 9. 1987 seitens der beauftragten Firma Dipl. Ing. Dr. Koller, Grein, fertiggestellt. Das gesamte Auftragsvolumen betrifft S 4.546.487,-. Im abgelaufenen Rechnungsjahr wurden aber nur S 2.860.000,- überwiesen. Nunmehr soll weitergebaut werden, und zwar von der Sarninggasse stadtauswärts und dazu sollen Mittel laut Voranschlag von S 1.500.000,- bei der genannten Voranschlagsstelle freigegeben werden.

15) Bau6-2370/87

Kanalisation Reichenschwall-Pyrach - NS Stelzhamerstraße, NK Sarninggasse; Mittelfreigabe 1988; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 24. 9. 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 24. 9. 1987 wurde der Auftrag für den Neubau der Kanäle in der Stelzhamerstraße und Sarninggasse der Firma Dipl. Ing. Dr. Koller GmbH, Grein, zum Preise von S 4.546.487,- exkl. MWSt. übertragen. Da bisher lediglich S 2.860.000,- ausbezahlt wurden, werden nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 28. 1. 1988 zur weiteren Abwicklung der Baustelle Mittel im Ausmaß von

S 1.500.000,-- (eine Million fünfhunderttausend)

bei VSt 5/8110/050570.9 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Es ist Einstimmigkeit gegeben.

Ich danke für die Berichte. Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt und kommen damit zur Aktuellen Stunde. Ich frage die sozialistische Fraktion? Kollege Pimsl bitte.

Beginn der Aktuellen Stunde: 17 Uhr.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Zuge geplanter Verkehrsmaßnahmen im innerstädtischen Bereich ist im Zusammenhang der Parkplatzfrage immer wieder der Wunsch, die Möglichkeit und die Absicht des Baues einer Tiefgarage unter dem Stadtplatz, unter der Promenade oder unter dem Bereich des Schlosses Lamberg in Diskussion, weil entweder die öffentliche Hand, aber vor allem private Personen diese Möglichkeit als lösbar und finanzierbar hinstellen. Nach allen unseren Erfahrungen, die wir bisher in dieser Frage gemacht haben, und wir haben ja ganz beträchtliche Anstrengungen zur Lösung der Stadtplatzfrage schon gemacht. Siehe beim Schiffmeisterhaus, daneben und anderswo sind die vorhandenen Parkplätze unter den gegenwärtigen Verhältnissen und Überlegungen nicht ausreichend. Wir müssen aber bei allen diesen Problemen der Untertunnelung des Stadtplatzes oder des angrenzenden Bereiches immer eines in den Vordergrund stellen. Der historische Stadtkern von Steyr ist von seiner Substanz, von seiner Schönheit, von seiner Erhaltungswürdigkeit von so großer Bedeutung, daß man sehr wohl erstens einmal die Frage, ob überhaupt es zweckmäßig erscheint, eine solche Baumaßnahme zu setzen, zukunftsweisend ist. Zweitens müssen wir bei der technischen Lösung einer solchen Frage auch mit einbeziehen, ob es für einen Privaten lukrativ genug erscheint, um diese hohen Ausgaben tatsächlich zu tätigen und außerdem, ob damit die Stadtverwaltung bei der Führung einer solchen Parkgarage nicht durch erhebliche Kosten auf die Dauer belastet wird, die ein solches Projekt es von Haus aus nicht sinnvoll erscheinen lassen. Wenn man bedenkt, daß nach groben Schätzungen von Fachleuten ein Abstellplatz unter dem Stadtplatz oder unter der Promenade etwa auf S 400.000,- kommt, dann möchte ich ganz bewußt die Frage stellen, ob wir das Auto am oder unter dem Stadtplatz für wichtiger halten als beispielsweise Wohnungen für 2.500 Wohnungssuchende. Wir sollten für die Zukunft im Einvernehmen mit allen Fraktionen des Gemeinderates diese Projekte, so sehr sie technisch interessant und lösbar erscheinen, aus den Gründen, die ich nochmals wiederholen möchte, klar einer Ablehnung zuführen und durch andere günstigere und vor allem bessere Lösungen versuchen, gemeinsam durchzuführen.

Das heißt, uns muß als Gemeindevertreter, als Mandatäre, unsere Stadt für die Zukunft so wichtig erscheinen, daß wir sie auch nicht durch geringste Maßnahmen gefährden wollen, die unweigerlich beim Bau eines Tunnels unter der Stadt erfolgen müßten. Siehe am Beispiel in Linz am Stadtplatz, wo es keine so gute und historische Bausubstanz wie in Steyr gibt. Aber die technische Voraussetzung, vor allem durch die Bodenbeschaffenheit, für uns wesentlich ungünstiger ist. Zweitens sind von angrenzenden Bereichen her die Möglichkeiten zu verbessern und zu schaffen, den Stadtplatz nicht unbedingt mit dem Auto anfahren zu müssen, vor allem nicht mit dem Pkw und den anderen Lösungen den Vorzug zu geben. Drittens müssen wir - das kann man auch vorher, wenn man will - darauf Bedacht nehmen, daß es mir und meiner Fraktion unmöglich erscheint, unter den gegebenen Verhältnissen jene Millionen und das sind zig, wenn nicht weit über 100 Millionen, dafür aufzubringen, um ein Loch in die Erde zu graben, um dort Autos einstellen zu können und das oft nur wenige Stunden am Tag. Ansonsten wird das ungenützt sein, weil die Erhaltung dieser Anlage durch die hohen Betriebskosten für den Privaten überhaupt nicht interessant ist und für die Stadt nicht finanzierbar ist.

Ich bitte daher, Herr Bürgermeister, in dieser Richtung entsprechende Beschlüsse und Vereinbarungen herbeizuführen, die für die Zukunft der Bevölkerung klar zu erkennen geben, daß wir eine Verkehrslösung in der Innenstadt sehr wohl betreiben, im allgemeinen Interesse durchzuführen gedenken. Daß es aus unserer Verantwortung aber gegenüber der Stadt und ihrer Bevölkerung nicht zumutbar erscheint, anderen Projekten, die ich hier schilderte, den Vorzug zu geben und nicht unbedingt einer Tiefgarage unter dem Stadtplatz das Wort zu reden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag, der sehr deutlich war. Ich frage die ÖVP? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Es ist ein Vorteil und ein Nachteil in der aktuellen Stunde, daß aktuelle Themen ohne Vorbereitung zur Diskussion stehen. Der Vorteil liegt in der Lebendigkeit der Gemeinderatsitzungen, der Nachteil liegt darin, daß nicht alle Antworten auf ein aufgeworfenes Thema 100 Prozentig fundiert sein können. Kollege Pimsl, Du hast das Projekt eines privaten Betreibers, die Untertunnelung des Stadtplatzes zum Zwecke der Errichtung einer Tiefgarage angezogen und hast eine sehr deutliche Stellungnahme abgegeben, daß Du der Meinung bist, daß das nicht zielführend ist. Ich glaube, so habe ich es richtig verstanden. Dazu möchte ich schon noch einige Punkte zur Diskussion mit beitragen. Ich glaube, daß es vollkommen richtig ist, nach der Zweckmäßigkeit von Investitionen zu fragen, auch dann, wenn die Investition möglicherweise nicht von der öffentlichen Hand getragen wird, sondern von einem Privaten. Wenn wir schon von der öffentlichen Hand, was nicht immer so war, ein Rentabilitätsdenken in der Kostenausgabe verlangen, dann muß man das von einem Privaten auch auf alle Fälle tun. Insbesondere dann, wenn es sich um ein Bauwerk handelt, das ja unwiderruflich ist. Sollte dieses Projekt tatsächlich verwirklicht werden, so müßte man sich jedenfalls sehr gut versichern, daß die privatbetreibende Stelle längerfristig betriebsverpflichtet ist, weil ja sonst die Errichtung möglicherweise am indirekten Weg zur Belastung der Stadt mit Folgekosten führen könnte. Ich weiß nicht, ob alle überhaupt dieses Projekt kennen, ich möchte es daher kurz zusammenfassen. Man hätte seitens dieses privaten Architekten den Vorschlag gemacht, den Stadtplatz zu untertunneln mit einer Einfahrt vom Grünmarkt her und mit einer Ausfahrt Richtung Kai durch das Gerichtsgebäude. Klingt an sich sehr logisch, sehr bestechend, klingt an sich sehr logisch, daß man dann den Stadtplatz frei für allfällige Oberflächengestaltungsmaßnahmen hätte, birgt aber sicherlich ein riesiges Risiko in sich. Dieses Risiko wurde deutlich ausgesprochen und bedeutet den Bestand der Baudenkmale rund um den Stadtplatz. Unser Stadtplatz ist wirklich etwas Einmaliges. Er besteht aus einer Sammlung von einzelwertvollen Häusern, die in Summe ein einmaliges Ensemble ergeben. Das bestreitet niemand, weder in der Stadt noch die Experten im Denkmalschutz und auch nicht die Leute, die Stadtarchitektur zu ihrer Wissenschaft gemacht haben.

Es wäre zunächst einmal zu prüfen, bevor man dem Projekt nähertritt, ob durch Baumaßnahmen in dieser Art - wenn ich da richtig mitrechne, wird es eine Schächttiefe von zumindest 7 m geben müssen, damit Oberbau und Unterbau und alles Platz hat, ob dadurch möglicherweise nicht Gefahr für die Baudenkmale zu sehen wäre. Das Linzer Beispiel gilt nicht ganz, weil die Gefährdung der Linzer Stadtplatzhäuser durch Kanaldurchpressung entstanden ist und nicht durch das Ausschachten. Das ist schon richtig. Das wäre das eine, das andere wäre zu prüfen, ob wir die erforderlichen Eigenmittel haben. Wenn ich das richtig erfahren habe, müßte die Stadt die Kosten für die Oberflächengestaltung und die Kosten für die Verlegung der Infrastruktur unter dem Stadtplatz, also Ver- und Entsorgungseinrichtungen - Wasser, Kanal und was der Teufel, was da noch alles drinnen liegt - tragen. Es sind Mittel in gewaltiger Höhe, sicherlich nicht in 100 Millionen-Höhe, weil diese 100 Millionen würde ja der private Betreiber investieren, der von der Stadt den Mittelbeitrag Oberflächengestaltung und Verlegung verlangt. Aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich zur Zeit jedenfalls um ein sehr ungeordnetes Projekt handelt, ein paar Striche auf eine Planskizze gezeichnet ergeben jedenfalls noch keine eindeutige Berechnungsgrundlage für Entscheidungen. Sollte man dem Projekt nähertreten, wird man aber auch zur Kenntnis nehmen müssen, daß das Einstellen der Fahrzeuge nicht billig sein wird.

Wahrscheinlich wird sich hier in dieser Gemeindestube noch die Diskussion um die Parkgebühren ergeben. In Anbetracht der Kürze der Zeit, die mir zur Verfügung steht, möchte ich das hier gar nicht tun. Ich glaube aber doch, daß wir alle interessiert sein müßten, wenn wir den Stadtplatz tatsächlich verkehrsberuhigen wollen, ihn nicht zur Durchzugsstraße zu machen und daß wir alternative Verkehrslösungen zum Ennskai finden müssen, die möglichst denkmalschonend ist. Dabei stelle ich ja absolute Übereinstimmung aller fest. Das Ziel muß also heißen, den Ennskai leichter erreichbar zu machen, wenn es geht von Zwischenbrücken aus. Über die Methoden scheiden sich noch ein wenig die Geister, in welcher Form die Abfahrt zum Ennskai gestaltet werden sollte.

Eine Anmerkung möchte ich aber grundsätzlich zum Thema Stadtplatz noch machen, wenn ich noch die Zeit dazu habe. Ich habe nämlich nicht auf die Uhr geschaut, mache das aber in aller gebotenen Kürze. Wenn man daran geht in weiterer Folge, momentan ist es ja nicht der Fall, den Stadtplatz fundamental umzugestalten, - meine Anmerkung dazu ist je bekannt, zur Zeit erweitern wir ja nur die Passantenfläche auf der Rathausseite und geben ihr fußgängerfreundlichen Habitus. Wenn man aber darangeht, den Stadtplatz grundsätzlich umzugestalten, so glaube ich, wird es sehr zweckmäßig sein, Stadtarchitekten mit diesem Thema zu befassen, denn jeder Stein, den wir an diesem Stadtplatz verändern, ist eine Veränderung an einem organisch gewachsenen Ganzen, das viele hunderte Jahre besteht. Jeder Stein, den wir dort verändern, soll dann nach Möglichkeit wieder weitere hundert oder mehr Jahre bestehen können, damit wir vielleicht nicht alle Fehler unserer Landeshauptstadt nachmachen. Was die auf dem Stadtplatz umbauen, ist ja schon ein bißchen sehr viel innerhalb kürzester Zeit. Wenn man sich das Linzer Beispiel vor Augen führt, dann glaube ich, wird meine Bitte sicher richtig verstanden werden, daß, wenn man an die große Lösung geht, möglichst umfassend sich informieren sollte. Nicht weil ich bezweifle, daß wir nicht im Haus auch gute Stadtarchitekten hätten, sondern weil ich der Meinung bin, daß mehrere Experten in Summe mehrere Diskussionsvorschläge vorlegen können und man dann aus der Menge der Vorschläge sicher die beste und zweckmäßigste Lösung aussuchen wird. Ich weiß schon, mit dem Wettbewerb Wehrgraben ist nicht alles so gut gegangen, wie wir uns das vorgestellt hätten. Aber das Thema Stadtplatzgestaltung wäre viel komplexer als Stadtteilrevitalisieren im Architektenwettbewerb, so daß ich mir in dem Fall konkret und dezidiert gute Ergebnisse erwarten traue.

Vielleicht sagen wir nicht so ein deutliches Nein zu dieser Untertunnelung des Stadtplatzes, wie Du Kollege Pimsl es jetzt gesagt hast, sondern sagen wir, wenn darüber diskutiert werden soll, sind doch sehr exakte Pläne und sehr exakte Vorstellungen über die Sicherungsmaßnahmen erforderlich. Ich stimme mit Dir überein, daß man nicht justament und leichtfertig unter dem Platz ein Loch graben soll und dann schauen, was alles in dieses Loch hineinfällt. Ganz von der Hand zu weisen ist es aber von der Nutzenwendung, nämlich mit Fernziel große Gestaltung des Stadtplatzes meiner Meinung nach durchaus nicht, das so ad hoc und so schnell, aber mit aller gebotenen Skepsis weiter zu verfolgen, insbesondere was die technische Hinsicht betrifft und auch was die Absicherung der Folgekosten betrifft.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der GAL Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren, der Stadtplatz ist uns ein sehr großes Anliegen. Wir haben schon einige Male versucht, skizzenweise Vorschläge aufzuzeigen, die wir mit Architekten gemeinsam erarbeitet haben. Wir haben nie in unsere Überlegungen mit einbezogen eine Tiefgarage. Eine Tiefgarage mit diesen finanziellen Auslagen ist, glaube ich, für unsere Stadt nicht tragbar. Wir sollten vor allem darauf achten, wirkliche Zukunftsperspektiven zu erstellen und nicht sogenannte

Ho-Ruck-Partien, wie sie diese in letzter Zeit gegeben hat, durchzuführen. Es gibt eine Menge von Möglichkeiten, diesen Stadtplatz zu gestalten. Man sollte versuchen, hier einen Ideenwettbewerb einzuleiten. Aus der Fülle der Ideen sollte man dann in Parteiengesprächen mit Bürgerbeteiligung das bestmögliche versuchen zu erzielen. Ich glaube schon, daß eine Intensivierung des öffentlichen Verkehrs am Stadtplatz, mit City-Bussen und Kleinbussen, eine Möglichkeit wäre, den Einkäufer, den Konsumenten an die Geschäfte heranzubringen. Mit der zugleich Verbreiterung der Gehsteige und Belebung dieser würde sicher der Stadtplatz attraktiv bleiben und man bräuchte keine Millionen für eine Tiefgarage, die womöglich - hier stimme ich beiden Vorrednern zu - die Bausubstanz des Stadtplatzes angreifen könnte. Ich glaube, daß es sinnvoll wäre, diesen Stadtplatz etappenweise zu gestalten. Etappenweise deshalb, damit der Bürger nicht erschreckt vor die Alternative gestellt wird, jetzt ist zu, sondern bei unseren Gesprächen ist herausgekommen, schrittweise den Bürger einführen in eine Neubelebung des Stadtplatzes wäre die beste Form, ihn auch zu gewinnen. Mit einer Bürgerbeteiligung könnte man auch noch die Geschäftsleute so weit motivieren, daß sie dem Vorhaben positiv gegenüberstehen. Was mir auch besonders am Herzen liegt ist, daß man die Kleinparteien ein bißchen ernster nimmt, daß man versucht, auch die Kleinparteien, auch wenn es nur 1.000 Stimmen gewesen sind, die die Kleinparteien in dieses Parlament gerufen haben, mit einzubeziehen. Auch die 1.000 Stimmen könnten einmal für andere Parteien geworben und gewonnen werden. Darum verhält man sich eben im Jahr, in einem sehr besonderen Jahr, den Kleinparteien gegenüber etwas besser. Ich bin immer sehr erstaunt, wenn gerade ich hier am Rednerpult stehe, da lächelt die Mehrheit, man belächelt die Minderheit, man nimmt die Minderheit nicht ernst. Man versucht eben, diese kleinen Gruppen an den Rand zu drängen und sie hinzustellen als die kleinen Belächelten. Ich wünsche mir in Zukunft, daß man versucht, hier darauf einzugehen, daß eine Kleinpartei eben auch größere Schwierigkeiten hat. Sie hat nicht den Parteiapparat, den die Großparteien haben, sondern wir sind mit anderen Schwierigkeiten konfrontiert. Es kann schon möglich sein, daß wir hier nicht die besten Beiträge liefern, doch es sind Beiträge, die von uns bzw. von mir sehr gewissenhaft vorgetragen werden. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Darf ich zu diesem Problem auch als Bürgermeister einiges sagen. Ich bin dankbar, daß Kollege Pimsl dieses Problem angezogen hat, das immer wieder auf die Tagesordnung kommt, weil immer wieder Vorschläge eingebracht werden. Er hat hier sehr viele Argumente vorgetragen. Derzeit findet eine breite Diskussion über die Gestaltung statt. Diese Diskussion hat sich tatsächlich entwickelt über die Gestaltung des Stadtplatzes, über die Möglichkeiten der Unterbringung der Kraftfahrzeuge im unmittelbaren Bereich der Geschäfte in der Stadt. Das ist richtig und ich bin sicher, daß wir zu einer Lösung kommen, die eine erste Etappe für eine endgültige Lösung sein wird. Es wurden heute schon einige Vorschläge hier gemacht. Es wird ein allmählicher Vorgang sein, es wird auch ein gewisser Einfühlungs- und Umdenkprozeß der Autofahrer notwendig sein. Ich möchte aber auch zum Problem der Tiefgarage, der Garagierung der Autos unter dem Stadtplatz grundsätzlich eine Aussage machen. Diese Vorschläge sind ja nicht neu, sondern das geistert ja seit Jahrzehnten immer wieder herum, daß man den Stadtplatz unterminieren soll, ein Tunnel bauen und eine Tiefgarage errichten soll. Ich bin auch sicher, daß technisch das durchaus lösbar ist, obwohl es auch auf technischem Gebiet viele Probleme gibt, die einer, der die Idee hat, gar nicht bedenkt. Die ganze Hochwassergeschichte und vor allem die ganze bauliche Problematik, die damit zusammenhängt. Ich glaube wir haben die Verpflichtung, und wir haben uns ja in vielen Diskussionen - alle Fraktionen waren damit einverstanden - grundsätzlich dazu bekannt, daß wir die wertvolle Bausubstanz, die wir in unserer Stadt haben, weitestgehend zu erhalten haben. Ein besonderes Kleinod, nicht nur für unsere Stadt, sondern für Österreich,

ist zweifellos unser Stadtplatz. Ich sage das deshalb, weil diese Vorschläge immer wieder kommen und ich glaube, man sollte, bevor man ein Experiment macht, was unter Umständen sehr negative Auswirkungen auf die Bausubstanz haben kann, diese Risiken ausschalten. Ich sage sehr deutlich, ich bin nicht bereit, darüber zu diskutieren, wenn auch nur das kleinste Risiko besteht, daß etwas passiert. Diese Garantie, bin ich überzeugt, kann mir niemand geben. Es darf am Aussehen des Stadtplatzes nichts passieren. Wir haben gesehen, wie problematisch das ist beim Bummerlhaus, auch bei unserem Nachbarhaus, auch da hat es alleine durch die Sanierung des Hauses große Probleme gegeben. Wir sind sehr froh, daß wir das Ganze mit viel finanziellem Einsatz - da ist auch die VKB nicht ganz ungeschoren davon gekommen - diese Dinge erhalten konnten. Wir sehen, daß besonders bei Grabungsarbeiten - es kommt natürlich auch auf die Art der Grabung an - Gefährdungen auftreten können. Ich weise auch auf Linz hin, das ist nicht unbedingt ein Vergleich. Wir haben es auch in Steyr im Wehrgraben gesehen, als der Kanal gemacht wurde am linken Wehrgrabenkanal, welche Zorres wir hatten mit dem Haus dort unten. Da hat es durch die Grabungsarbeiten Schwierigkeiten gegeben und es waren große Sanierungsmaßnahmen seitens der Baufirma notwendig. Man muß einem solchen Vorhaben mit großer Skepsis gegenüberstehen, deswegen mit großer Skepsis, weil wir so viel zu verlieren haben, was man nie wieder gutmachen kann, wenn wir da in irgend ein Experiment einsteigen. Das möchte ich sagen. Es wird darüber sicherlich noch eine Diskussion geben. Ich möchte aber sehr deutlich sagen, daß der Stadtplatz unter den derzeitigen Voraussetzungen für mich für eine solche Maßnahme tabu ist. Das möchte ich sehr deutlich zum Ausdruck bringen. Ich frage jetzt die ÖVP, ob sie ein Thema zur Aktuellen Stunde hat? Nein. GAL? Bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, für mich war es verwunderlich, wie die Stadt Steyr, der Stadtsenat, mit Objekten umgeht, die unter Denkmalschutz stehen. Ich möchte hier wieder einmal einen Amtsbericht lesen, vielleicht ist Ihnen dieser entgangen oder Sie konnten nicht die Zeit aufbringen, ihn zu lesen. Verkauf der Objekte Schiffmeistergasse 3, 5 und 7. Wie bekannt, wurden am 8. 12. 1987 die der Stadtgemeinde gehörigen Stadeln Schiffmeistergasse 3, 5 und 7 durch einen Brand total zerstört. Diese Objekte wurden in den 70er Jahren von der Stadt in der Absicht angekauft, nach Abbruch des gesamten Areals einer Neuverbauung zuzuführen. Ich finde es schon sehr bedenklich, wenn ein Objekt zu zu gewerblichen Zwecken gebraucht wird, die nicht ganz einwandfrei sind. Wobei noch ein Gerichtsverfahren anhängig wurde, weil dieses Objekt durch fahrlässigen Brand abgebrannt ist bzw. eingeäschert wurde. Am 24. 2. wurde der Betreiber dieses Gewerbes - ich weiß nicht, ob er ein Gewerbe angemeldet hat - wegen fahrlässiger Brandlegung bei Gericht belangt. Heute steht jedoch das Bauamt und die - ich zitiere weiter - für den Denkmalschutz maßgebende Stelle auf dem Standpunkt, daß diese Bebauung erhalten werden sollte, da sie für eine gewisse Zeitepoche, sowohl aufgrund der Bauform als auch für den Verwendungszweck typisch und daher erhaltenswürdig erscheint. Die Wiederaufbaukosten für die durch den Brand zerstörten Objekte wurden jedoch als sehr hoch - ca. 2 Millionen - ermittelt. Er erschien daher zweckmäßig, dafür einen Käufer zu finden, der gleichzeitig eine gewisse Verwertung vornehmen würde.

Meine Damen und Herren, ich kann mir schon vorstellen, daß man Überlegungen anstellt, wenn so ein Objekt eingeäschert worden ist und so hohe Kosten anfallen, damit man diesen Stadel wieder in den ursprünglichen für den Denkmalschutz erhaltenden Zweck aufbauen kann. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß man in einer Stadtsenatsitzung den Rest dieses Objektes ohne darauf zu achten, daß dieses Objekt, dieses Bauland ausgeschrieben wird, veräußert.

Es gab zu diesem Objekt keine Ausschreibung. Ich möchte hier kurz zitieren:
Auch der Schloßparkpavillon wurde ohne Bekanntgabe, ohne Veröffentlichung dieser
Absicht verkauft. Der Schloßparkpavillon wurde nicht ausgeschrieben.

Verschiedene Zwischenrufe

Der wurde ja gar nicht verkauft.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich gehe von diesem Amtsbericht aus, Dringlichkeit gemäß § 44 Abs. 5 des Stadt-
statutes, Verkauf des Schloßparkpavillons an Herrn Köstenberger und ..

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist nicht beschlossen worden.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich gehe nur von dem aus, daß es einen Dringlichkeitsantrag nach § 44/5 gegeben
hat. Ich frage mich jetzt, ob der zweite Amtsbericht, Kaufansuchen Hans Korn,
Puchstraße 19, betreffend Wohnobjekt Sierninger Straße 55 a, ich weiß aufgrund
des Amtsberichtes

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist verkauft worden.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Dann sind mir eben die Ergebnisse des zweiten Stadtsenatsbeschlusses nicht zuge-
gangen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Das bekommst Du mit den Mitteilungen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Leider, Herr Kollege Zagler, habe ich sie noch nicht, sonst hätte ich das nicht
angeführt.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Das stand unter den Beschlüssen des Stadtsenates, da muß es dabeistehen. Wenn
es da nicht drinnen steht, ist es nicht beschlossen worden.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Für mich tritt jetzt die Frage auf und ich richte an den Herrn Bürgermeister die
Anfrage, Verkauf des Objektes Schiffmeistergasse 3, 5 und 7, ist das jetzt durch
den Stadtsenat durchgegangen oder nicht?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Dann ist das eine Objekt verkauft worden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja, das ist richtig.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte hier fortfahren, da ich hier anscheinend das Richtige einmal gehört
habe. Anfang Jänner hat der Kaufmann Amodo Bagdadi aus Steyr, Damberggasse 10,
beim Magistrat vorgesprochen und um käufliche Überlassung des Brandobjektes

angesucht. Er beabsichtigt, in dem Neubau ein griechisches Restaurant und ein Friseurgeschäft, eventuell auch ein Lebensmittelgeschäft für die Nahversorgung einzubauen. Es ist hier von größter Bedeutung, daß ein Lebensmittelgeschäft, das im Bereich Neuschönau, angrenzend an das Pensionistenheim, errichtet wird. Genau dieses Lebensmittelgeschäft ist mit eventuell beschrieben worden. Wenn hier immer wieder gesagt wird, ja wir haben anschließend beschlossen. Bitte ich habe nur diesen Amtsbericht und kann nur von diesem Amtsbericht ausgehen. Was im nachhinein in irgendwelchen Gremien beschlossen wird, kann ich nicht zitieren, da ich es nicht weiß. Es ist jedenfalls klar, daß man ohne Ausschreibung ein Objekt neuerlich an eine Person verkauft hat zu einem Preis von S 240.000,- für 200 Quadratmeter. Es ist für mich unverständlich, daß man solche Grundstücksverkäufe nicht an die Öffentlich bringt, so daß sich mehrere Leute darum bewerben könnten.

Es ist klar, daß hier die Stadtgemeinde bzw. der Stadtsenat natürlich so viel wie möglich Geld für die Stadt hereinholen will. Nur wenn man das nicht ausschreibt, dann kann man das auch nicht machen. Außerdem wenn man von der Versicherung für das abgebrannte Objekt S 449.000,- kassiert und für den Grund, den man dann ohne Ausschreibung verkauft, S 240.000,- bekommt, ist es für mich laut Stadtstatut sehr fraglich, ob nicht hier der Gemeinderat zuständig gewesen wäre für dieses Objekt. S 449.000,- und S 240.000,- ergeben für mich einen Betrag von knapp S 700.000,- und ab S 400.000,- wäre eigentlich der Gemeinderat zuständig.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Dieser Schluß ist nicht ganz zulässig.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich frage ja hier, ob es möglich ist, diese beiden Zahlen zu addieren. Ich glaube, daß man es durchaus machen könnte. Ich finde es auch besonders arg, wenn sich hier hauptsächlich die sozialistische Fraktion köstlich amüsiert, wenn sich jemand Sorgen macht, daß die Stadtgemeinde eigentlich einen Teil ihres Gutes quasi verschenkt. Es ist wohl nicht üblich, daß jemand Kritik daran übt, was im Stadtsenat passiert und es darf wahrscheinlich nicht sein. Man merkt hier ständig, daß jede Kritik von vornherein in den Redegebrauch abgewürgt wird. Ich sage hier trotzdem noch einmal, hier wurde versucht, ohne öffentliche Ausschreibung wieder ein Objekt einer Person zuzuführen, die eigentlich dieses Objekt zu günstig bekommen hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Dazu möchte ich als Bürgermeister sagen, daß die Hauptkritik darin lag, soferne ich sie richtig verstanden habe, daß sie ohne Ausschreibung veräußert worden sind diese abgebrannten Objekte. Dazu möchte ich sagen, daß es nicht nur ein Kriterium ist, daß man diese Ausschreibung macht, sondern es spielen andere Faktoren hier auch mit eine Rolle. Erstens ist der Verkauf aufgrund einer Schätzung erfolgt, eines Schätzunggutachtens, das vorgelegen ist, gemacht worden und zweitens ist ein gewisser Zeitverzug mit einer Ausschreibung verbunden. Das möchte ich sehr deutlich sagen. Wir sind froh, so bald wie möglich dort wieder Ordnung zu bekommen. Aus diesem Grund ist das hier so rasch erledigt worden. Außerdem ist der Betrag nicht unermeßlich, das möchte ich sagen. Wir haben bewiesen durch die Ausschreibung des Verkaufes des Tabor-Restaurants, daß wir grundsätzlich gegen solche Vorgangsweisen nichts haben. Aber es gibt halt andere Kriterien, wo diese Vorgangsweise meines Erachtens nach gerechtfertigt war. So weit zu dieser Kritik, die hier geäußert wurde.

Seitens der SPÖ dazu? Kein Beitrag. ÖVP? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Auch nur ein kleines Wort und auch nur ein sehr grundsätzliches. Es sind zwei, versuchsweise drei Objektveräußerungen angesprochen worden. Beim mittelgenannten Schloßparkpavillon kann Kollege Ramoser nichts dafür, weil er es wirklich nicht wissen konnte, daß der Stadtsenat darüber keinen Beschluß gefaßt hat. Das muß man ihm zubilligen. Das hat er nicht gewußt, daher auch nicht der Versuch, darüber zu spötteln, sondern schlicht und einfach das war nicht, das ist nicht, über das braucht man nicht reden. Der Herr Bürgermeister hat schon gesagt, warum er meint, daß der Verkauf der Schiffmeisterobjekte freihändigerweise richtig war und ich schließe mich dieser Meinung an. Was das Objekt Korn betrifft, so haben wir uns über diesen Sachverhalt einige Male ausreichend unterhalten. Ich rufe Kollegen Ramoser nur in Erinnerung, daß es sich bei dem Objekt in der Sierninger Straße um ein nicht an die Kanalisation angeschlossenes, baufälliges Haus handelt, in dem der Vater des jetzigen Eigentümers gelebt hat und dort verstorben ist. Das Haus ist ein Abbruchobjekt von der eigentlichen Substanz her. Es ist sicherlich zweckmäßig, wenn jemand, der mit dem Haus eine persönliche Bindung hat, versucht, dieses wieder instand zu setzen, als es wegzuschleifen und eine ebene Fläche herzustellen. Das Haus dort ist voller Probleme und ich bewundere an sich den Herrn Korn, daß er überhaupt bereit ist, dieses Haus zu übernehmen und zu restaurieren. So leicht ist es nämlich nicht, ein Haus ohne Kanalanschluß in heutigen Zeiten, zu sanieren, es ist fast nicht vorstellbar.

Noch einmal zur Schiffmeistergasse. Diese Addition ist nicht nur falsch, sondern verwerflich. Kollege Ramoser, Sie haben versucht, die Einnahmen der Stadt aus den Versicherungserlösen zu addieren - wenn ich es richtig verstanden habe - mit den Verkaufserlösen. Es ist insofern verwerflich, weil das Jacke und Hose sind und beides miteinander zwar einen Anzug ergibt, aber jedes für sich einfach anders zu betrachten ist, absolut anders zu betrachten ist. Die Stadt hat eine Leistung hereingenommen für den ideellen Verlust an den abgebrannten Häusern. Der Erwerber der Liegenschaft zahlt laut Gutachten den Grundpreis in einer ganz reputierlichen Höhe und muß auf seine eigenen Kosten die Liegenschaft noch abtragen. Man müßte das eigentlich so rechnen, damit man wirklich betrachten kann, ob dieser Veräußerungsvorgang ein Geschenk oder ein Verkauf war. Es mag sein, daß man vielleicht in einer Versteigerung jemanden gefunden hätte, der da noch mehr dafür bezahlt. Aber die Vorgänge und da unterstreiche ich wirklich das aus tiefem Herzen, was der Bürgermeister gesagt hat, hätten einfach sehr viel Zeit gekostet und jeder - vielleicht nicht jeder Steyrer, weil man sich ja daran gewöhnt - zumindest jeder Fremde wundert sich über die Brandstatt direkt an der Einfahrt in das Stadtzentrum. Wenn es gelingt, durch diese Veräußerung da eine rasche Restaurierung des Zustandes an der Stadtplatzeinfahrt herbeizuführen, so bin ich fest überzeugt, daß diese Entscheidung richtig war.

Ich glaube, man sollte sie wirklich nicht mehr diskutieren. Man soll bei wesentlichen Objekten wirklich ausschreiben. Da sind wir vollkommen einer Meinung. Aber nicht dann, wenn es in Wahrheit um nichts geht. Da hat ja keiner ein großes Geschenk bekommen, sondern da hat wieder einer - ich hoffe, daß er es kann - die hohe Auflage auf sich genommen, dort unter dem Aspekt des Denkmalschutzes eine Brandruine wieder herzurichten. Nicht nur herzurichten, sondern auch wieder einer von der Allgemeinheit gewünschten Nutzung zuzuführen. Ich glaube, es ist unbestritten, daß ein Restaurant dort drüben eher infrastrukturell gewollt ist, ein Friseur, warum nicht, vielleicht haben manche gestörte Verhältnisse zu Friseuren, aber es ist ein Lokal der Nahversorgung und als solches dort sicher im weiteren Umkreis dort nicht vorhanden. Was das Lebensmittelgeschäft anbelangt so meine ich, daß das gerade unter Einrechnung der Neuschönau, des Hinterlandes der unteren Neuschönau und der Seniorenwohnhäuser durchaus zu wünschen wäre. Ich bin fest überzeugt, daß man mit dem Erwerber des Grundstückes sehr nachdrücklich darüber sprechen wird, daß er auch wirklich ein kleines Lebensmittelgeschäft dort etabliert. Mehr möchte ich gar nicht sagen dazu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. KPÖ dazu? Kein Beitrag.

Ich frage die KPÖ, ob Sie ein Thema zur Aktuellen Stunde hat? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Bei einigen Sitzungen des gemeinderätlichen Prüfungsausschusses gab es eine intensive Diskussion über die Zurverfügungstellung der Kontrollberichte an die drei Gemeinderatsfraktionen der GAL, der KPÖ und der FPÖ, die nicht im Stadtsenat vertreten sind. Dabei wurde von den drei Minderheitsfraktionen übereinstimmend der Wunsch und auch die Notwendigkeit geäußert, daß auch ihnen sowie den beiden Stadtsenatsfraktionen, der SPÖ und der ÖVP, die Kontrollberichte zur Verfügung gestellt werden, um ihre Tätigkeit im Ausschuß zu erleichtern, da die derzeit gegebene Möglichkeit der bloßen Einsichtnahme einen Tag vor der angesetzten Sitzung eine Erschwernis und auch eine Ungleichbehandlung der Gemeinderatsfraktionen hier in Steyr darstellt. Sowohl der Ausschußvorsitzende, Gemeinderat Spöck, als auch sein Stellvertreter, Gemeinderat Zagler, und andere Kollegen stellen übereinstimmend fest, daß sie nichts gegen eine Bereitstellung der Kontrollberichte auch für die drei kleinen Fraktionen hätten, jedoch die Entscheidung, wie sie immer wieder sagen, darüber liegt eben beim Stadtoberhaupt, bei unserem Bürgermeister Schwarz. Herr Bürgermeister, ich stelle in aller Höflichkeit an Sie das Ersuchen, die Weisung zu geben, daß die schriftlichen Berichte des Kontrollamtes der Stadt Steyr über die quartalsmäßige Prüfungstätigkeit einschließlich des jeweiligen Jahresberichtes nicht nur der Österr. Volkspartei und der Sozialistischen Partei, sondern entsprechend dem Gleichheitsgrundgesetz auch den Fraktionen der GAL, der KPÖ und FPÖ zeitgerecht vor den Kontrollausschußsitzungen zur Verfügung gestellt werden.

Ich ersuche höflichst, diesem Ersuchen nachzukommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich möchte dazusagen, wir haben ja die Möglichkeit gegeben, das hast Du ja selbst angeführt, daß eine Einsichtnahme gegeben ist, daß allerdings die Zeit dazu nicht ausreicht. Ich möchte jetzt keine Entscheidung herbeiführen, dazu ist die Aktuelle Stunde nicht da, möchte aber auch die Tür nicht zuschlagen, auch das möchte ich sehr deutlich sagen. Ich werde mir die ganze Sache noch einmal in Ruhe überlegen und anschauen und dann eine Entscheidung treffen.

Seitens der SPÖ bitte ich Kollegen Zagler.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Da ich von Kollegen Treml als Obmann-Stellvertreter angesprochen wurde, möchte ich das Wort ergreifen, nachdem der Obmann, Kollege Spöck, heute nicht anwesend ist. Es stimmt, was hier vorgebracht wurde. Nicht nur die KPÖ-Fraktion, auch die GAL und die FPÖ haben wiederholt im Prüfungsausschuß dieses Ansinnen gestellt, es konnte aber im Prüfungsausschuß nur abschlägig entschieden werden, weil wir die Kompetenz nicht haben, diesen Umstand zu beseitigen. Die Kompetenz dazu liegt im Gemeinderat, weil wir eben ein Statut haben, an das wir uns halten müssen und im Statut auch diesbezüglich eine Regelung nicht vorgesehen ist, die kleinen Fraktionen zu bedienen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Aber auch nicht die großen!

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Ich gebe aber gerne zu, daß hier Gespräche möglich sein sollten, um hier einen Informationsgleichstand erreichen zu können. Das ist auch die Meinung der im

Prüfungsausschuß vertretenen Parteien, ÖVP und SPÖ.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der ÖVP zu diesem Problem? GAL? Auch nicht.
Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der Aktuellen Stunde und auch am Ende der Sitzung angelangt. Ich darf der Ordnung halber mitteilen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates in der Gesamtsumme von S 537.200,- zur Kenntnis genommen hat, in den Verhandlungsgegenständen wurden Beschlüsse über eine Gesamtsumme von S 17,248.500,- gefaßt.
Ich danke allen für die Mitarbeit und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 17.50 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Karl Hochrather e. h.
Günther Mayrhofer e. h.